Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden,
in Deutschland 2,00 Gulden, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Anzeigen: die Beleg. Seite 0,30 Gulden, Re-
klamageschäfte 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Gulden
mark. Abonnements und Inseratsanträge in Polen
nach dem Danziger Tarife.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 35

Mittwoch, den 11. Februar 1925

16. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290

Marg preussischer Ministerpräsident.

Die Frage der Regierungsbildung noch ungeklärt.

Bei der Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten wurden 444 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten: Marg 219, von Richter 158, Körner (Nationalist) 11, Die (Kommunist) 49, Labendorff (Wirtschaftspartei) 16. Da keiner die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreicht hat, erfolgte die Wahl zwischen Marg und v. Richter. Hierbei wurde Marg (Zentrum) mit 223 Stimmen gewählt, v. Richter erhielt 169 Stimmen.

Bei der Wahl zum Landtagspräsidium wurden abgegeben 443 Stimmen. Er erhielten: Bartels 216, Dr. v. Kries 170, Fick 34 Stimmen.

Ueber die Absichten des zum preussischen Ministerpräsidenten gewählten Marg teilt die „Germania“ mit, daß Marg immer für die Erreichung der wahren Volksgemeinschaft gewesen sei, an deren Bewirkung im preussischen Landtag im Augenblick so wenig zu denken ist als es im Reichstag der Fall sei. Es werde Marg deshalb wohl nichts anderes übrigbleiben, als ein kleines Kabinett aus Zentrum und Demokraten zu bilden. Das Zentrum dürfte neben dem Präsidenten die Ministerien für Justiz, Wohlfahrt, Finanzen und Landwirtschaft besitzen, die Demokraten sollen das Kultus- und Handelsministerium erhalten, während das Innenministerium, wie bereits gemeldet, von Severing als Fachminister weiter verwaltet werden soll. Die es in der Nachtausgabe des „Tag“ heißt, wird Marg noch heute mit den Verhandlungen über die Zusammenfassung seines Kabinetts beginnen.

Dr. Höfle verhaftet.

Der ehemalige Reichswehrminister Dr. Höfle ist gestern von russischen Sicherheitsbehörden, wofür er zur Vernehmung bestellt worden war, auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Dr. Sunde verhaftet worden. Kurze Zeit darauf ist gegen ihn der formelle Haftbefehl wegen passiver Beteiligung ergangen.

Wie das „Tagbl.“ hört, ist der Zentrumsgabgeordnete Lange-Begermann vom Vorstand der Zentrumsfraction des Reichstags angefordert worden, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Lange-Begermann ist dieser Aufforderung bisher noch nicht nachgegeben. Dem „Volkswort“ zufolge soll die Staatsanwaltschaft die Zentrumsfraction darum ersucht haben, Lange-Begermann zur Niederlegung seines Mandats zu veranlassen. Im anderen Falle würde die Staatsanwaltschaft das Ersuchen um Aufhebung der Immunität stellen, da Lange-Begermann gleichzeitig in Untersuchungshaft genommen werden soll.

Dr. August Müller aus der S.P.D. ausgetreten.

Einer M.-L.-Meldung zufolge ist der Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, außerordentlicher Professor an der Berliner Universität, aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten. Dr. Müller hat, wie verlautet, sein Mitgliedschaft dem Parteivorstand überlassen. In einem Bescheid schreiben führt er aus, daß er seit seinem 20. Lebensjahre, d. h. seit 30 Jahren, der Sozialdemokratie angeschlossen ist. Er wolle sich nun aber von ihr trennen, nachdem sie keine wiederholten Warnungen nicht beachtet hätte, ohne fallweise Mittel die Elemente auszuscheiden, die sich in Geschäftsverbindungen mit den Gebr. Barmer eingelassen haben.

Antrag auf Ausschluß Bauers.

Der engere Bezirksvorstand der Berliner Parteioffizianten hat in seiner Sitzung vom 10. Februar zum Fall Bauer folgenden Beschluß gefaßt, den er dem erweiterten Vorstand zur Annahme empfohlen wird:

Der engere Bezirksvorstand ist der Überzeugung, daß das Verhalten des Genossen Gustav Bauer gegenüber der Partei einen so schweren Vertrauensbruch darstellt, daß die Voraussetzungen des § 28 des Organisationsstatuts gegeben sind. Er hält deshalb die weitere Zugehörigkeit des Genossen Gustav Bauer zur Partei für unmöglich.

Streikmanns Strauß und Spritzgießer.

Das Organ des Innenministers Stresemann hat sich vor wenigen Tagen erlaubt, einen Unterschied zwischen der Angelegenheit Barmer, der Sozialdemokratischen Partei und dem Verhältnis seiner Person und Partei zu Stritzgießer zu machen, weil dieser Betrüger, zu der Zeit, als er in der Deutschen Volkspartei eingeschloß wurde, nicht „wichtig“ belagert gewesen sei. Jetzt stellt sich heraus, daß diese Anschuldigungen wissenschaftlich erwidert werden. Weber war zur Zeit seiner Freundschaft mit Stresemann, seiner Mitgliedschaft bei der Volkspartei und seiner Zusammenhänge an die Zeit nicht nur „wichtig“ belagert, sondern sogar wegen Spritzgießungen mehrfach in Verbindung mit den Betrüger gekommen. Der „Vorwärts“ hat über diese Tatsache nun zwei ganz verschiedene Seiten über Webers einzelne Angaben erhalten. In der Zukunft heißt es:

Weber hat schon 1918/19 und 1920/21 wegen Brandanschuldigungen mit den Gerichten zu tun gehabt bei den Amtsgerichten Offenburg (Baden), Schwabach-Poll angeregten Prozessen, in die er verwickelt war. In Offenburg ist er gleich in den ersten Tagen zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. In der „Deutschen Volkspartei-Zeitung“ ist Ende 1921 ein Artikel veröffentlicht worden, der deutlich auf den Zusammenhang Webers hinweist.

Anßerdem ist nachgewiesen, daß Weber in den letzten Jahren fortgesetzte Verbrechen begangen hat und er des Betruges, der Urkundenfälschung, der vorsätzlichen Brandstiftung und des Versicherungsbetrugs dringend verdächtig ist. — Ach, sind das Freunde, Herr Stresemann! Sonderbar, daß die „Danziger Neuesten Nachrichten“ aber darüber nichts zu melden wissen.

Der französische Sozialistenkongress.

Der Sozialistenkongress in Grenoble hat gestern vormittag die Erörterung über die allgemeine Politik der Kammerfraktion fortgesetzt. Es wurde beschlossen, die den Delegierten zur Verfügung stehende Redezeit abzukürzen, damit, wenn möglich, noch in der Vormittagsfraktion die Debatte über die Unterstützungspolitik beendet werden kann. Das größte Interesse nahm die Rede des Abgeordneten Bonquet in Anisprud, der die Unterstützungspolitik, die die Kammerfraktion betreibt, nicht vollkommen billigte. Man müsse aber den guten Willen Herrriots anerkennen und in Betracht ziehen, daß er nicht von heute auf morgen den Wechselschritt befehlen kann und daß es ihm nicht möglich ist, die Lebensmittelpreise in so kurzer Zeit herabzusetzen. Aber er hätte viel energischer gegen die Spekulation vorgehen können und man müsse erklären, daß seine Regierung gegenüber den Maquats, den Eisenbahngesellschaften und den großen Männern des Handels und der Industrie sich wie ein kleiner Knabe benommen habe. Bonquet beschloß sich dann mit der letzten Rede Herrriots und sagte: Wenn Laurès noch lebte, als Herrriot die erbärmliche Rede vom Rhein hielt, was würde er dazu gesagt haben. Laurès, der ein wunderbares Buch über die Ursachen des Krieges von 1870 geschrieben, würde daran erinnern, daß diese Politik des linken Rheinufers Frankreich die Kriege Ludwigs XIV. und Napoleons eingebracht habe. Es sei ebenfalls diese Politik der Befehung des linken Rheinufers gewesen, die es verhinderte, daß 1917 Friede geschlossen wurde. Im Namen der sozialistischen Sozialisten sprach er dann, der das Kabinett Gerriot auch weiter unterstützen will. Der ehemalige Generalsekretär der C.G.T. Dumoulin kritisierte den öffentlichen Anschlag der Rede Herrriots.

Die Debatte über die Ausdrücke über die Taktik bei den kommenden Gemeinderatswahlen, die am Dienstagabend begann, war sehr heftig, da man über das Grundprinzip von vornherein einig war. Es ist bereits in einer Resolution des Parteitag von St. Quentin vor 11 Jahren festgelegt und bestimmt, daß die Parteien bereit sind, Wahlbündnisse abzuschließen, falls sie es erforderlich halten. Die Debatte drehte sich lediglich um die Auslegung dieser

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat soeben ihren Parteitag abgehalten. Kommunistische Parteitage pflegt man hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Das sieht viel romantischer, revolutionärer aus. Auch in solchen Ländern, wo die Gefahr einer Verfolgung der Kommunisten gar nicht besteht, wird die Diskretion von den bolschewistischen Kongressen ausgeschlossen, um den Anschein zu erwecken, als bereite man große umwälzliche Dinge vor. In Wirklichkeit ist diese Geheimnistuerei nur der bequemere Vorwand, um die eigene Schwäche und Lächerlichkeit den breiten Massen zu verbergen.

Die französischen Kommunisten befinden sich seit Jahren in einem chronischen Zustand der Verfehlung. Sie fanden bereits Ende 1922 vor dem Zusammenbruch, als ihnen das Ruhrabenteuer und die damit verbundenen lächerlichen Verfolgungen einzelner kommunistischer Führer zu neuem Leben verhalf. Aber mit dem Ende des poincaristischen Kurzes wurde notwendigerweise eine neue Krise in den Reihen der K. P. F. ausbrechen. Der Kommunismus, wie ihn die Dritte Internationale aufstellt, kann in Frankreich aus den verächtlichsten Gründen keine Wurzeln fassen. In diesem Lande mit vorwiegend kleinstädtischem Geist und ohne eigentliche Arbeiterbevölkerung gibt es in Wirklichkeit kein Agrarproletariat, und man vermag bestenfalls diese Kleinbauern zu einer gemäßigten Auffassung des Sozialismus zu bekehren, nicht aber zu den gewalttätigen Theorien der Expropriation des Kapitals durch die Diktatur des Proletariats. In Wirklichkeit ist diese Expropriation bereits zum allergrößten Teil längst vollzogen worden, und zwar vor 125 Jahren bei der großen französischen Revolution. Das ist das historische Faktum, das man nicht übersehen darf. Die Arbeiter und den ungelerten Hilfskräften unterworfen: erstere sind vor allem Franzosen, die vielfach nebenbei aber ein kleines vererbtes Rentnervermögen oder sogar über ein kleines Grundstück verfügen vor den Toren der Stadt verfügen; letztere sind zum größten Teil Ausländer, Italiener, Belgier, Polen, Annamiten, Marokkaner usw., und die bilden allerdings für die kommunistische Agitation ein fruchtbares Feld. Aber da sie nicht das Wahlrecht besitzen und allen möglichen Einschränkungen unterworfen sind, bedeuten sie keinen wesentlichen politischen Faktor.

Aber neben den soziologischen Gründen sind es vor allem psychologische Momente, die einer Entwicklung des Kommunismus in Frankreich im Wege stehen: der bolschewistische Begriff der bis zum Anarchismus gesteigerten Diktatur vertritt sich mit dem französischen Charakter und Temperament wie das Feuer mit dem Wasser. Deshalb war auch sein Scheitern Ende 1920 bei aller Begeisterung der französischen Sozialisten für die russische Revolution nur ein Teil der Partei unter das Joch der 21 Moskauer Bedingungen gefallen. Es sollte sich aber bald herausstellen, daß auch von denen, die diese 21 Bedingungen angenommen hatten, nur

Resolution. Der Redner des linken Flügels, Bracht, trat dafür ein, das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien nur beim zweiten Wahlgang zuzulassen, während die Anhänger des rechten Flügels dafür waren, daß ausnahmsweise auch schon im ersten Wahlgang Wahlbündnisse abgeschlossen werden dürften. Abg. Gebas, dem lebhafter Beifall zuteil wurde, wies darauf hin, daß die sozialistische Partei die Wahlen mit eigenem Programm und eigenen Wahlbündnisse durchführen müsse, daß aber ausnahmsweise Wahlbündnisse zulässig sein sollen. Es müsse Sache der Debatte sein, darüber zu entscheiden. Schließlich ergriff noch Pressmann das Wort, um auf die Notwendigkeit der Neugestaltung des Senats und der Einschränkung seiner Befugnisse hinzuweisen. Pressmann hat bereits in der Kammer zwei darauf hinarbeitende Anträge gestellt. Es sei nicht zulässig, daß der Senat imstande sein soll, Reformen der Kammer zu verhindern. Die Entscheidung über die Taktik bei den kommenden Wahlen wurde alsdann der Resolutionskommission überwiesen.

Englands Standpunkt in der Räumungsfrage.

Aus London wird gemeldet: In unterrichteten Kreisen hat die von halbamtlicher Seite kommende Meldung, daß die Ueberreichung der Note der Alliierten in der Räumungsfrage verzögert worden ist, um vorher eine gemeinsame Vereinbarung in dieser Frage zu erzielen, Befremden erregt und wird als Versuch bezeichnet, die Stimmrechtsfrage im allgemeinen mit der nach englischer Ansicht rein legalen Frage der Räumung zu verknüpfen. Es wird von britischer Seite erneut nachdrücklich betont, daß die Frage der Kölner Räumung, der Sicherheit und der interalliierten Schulden nichts miteinander zu tun haben und vollkommen getrennt behandelt werden müssen. Nach der hier vertretenen Auffassung wird die Räumung Kölns in dem Augenblick erfolgen, wo Deutschland die von den Alliierten gestellten Währungsbedingungen durchgeführt hat. Es wird in britischen Kreisen angenommen, daß angesichts dieser entscheidenden Haltung der konservativen Regierung irgendwelche Schwierigkeiten von Seiten der französischen Regierung zu erwarten sind.

Ein Jubiläum Eberts.

Der „Vorwärts“ erinnert daran, daß mit dem heutigen Tage sich sechs Jahre vollenden, seit die Nationalversammlung in Weimar Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten der deutschen Republik gewählt hat. Das Blatt schreibt aus diesem Anlaß: Daß wir durch alle Krisen hindurchkamen, ohne daß der Reichsfall eintrat, und ein sinnloser volksverwundender Kampf aller gegen alle ausbrach, ist in hohem Grade das Verdienst des Reichspräsidenten. Dieses Verdienst wird nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern auch in allen republikanisch denkenden bürgerlichen Kreisen und ganz besonders im Auslande anerkannt.

Internationale der Hanswürste.

Die wenigsten ernsthaft daran dachten, sie peinlich anzusehen, d. h. sich unbedingt den Moskauer Diktatoren zu unterwerfen. Vielmehr traten im Laufe der ersten zwei Jahre nacheinander namhafte Führer der K. P. F. aus der Partei aus, weil sie sich die Exzesse der Willensvollstreckung der dritten Internationale, Souvarine, Loriot, Dunois, Renne nicht länger gefallen lassen wollten. Eine Führergarnitur nach der anderen, eine Redaktionsgarnitur der „Humanität“ nach der anderen wurde abgefäht und die meisten der in Ungnade gefallenen kehrten überhaupt der Partei den Rücken.

Indessen trat das Unvermeidliche ein: Wenn Languren längere Zeit ohne Fraß in einem Korb gelassen werden, dann freßen sie sich selbst schließlich gegenseitig auf. Als die Oberbäcker alle diejenigen, die ihnen nicht Mitleidig zu Willen waren, rücksichtslos beseitigt hatten, da fingen sie selbstverleumdend an, sich gegenseitig zu töten. In der deutschen kommunistischen Partei hat man Ähnliches erlebt; dennoch scheint der Reinigungsstempel in der französischen Partei noch ganz andere Formen angenommen zu haben. Man intriguierte gegeneinander, man denunzierte sich gegenseitig bei Sinowjew, es wurden heimliche Delegationen nach Moskau geschickt, um die anderen zu entlarven, und so herrschte in der K. P. F. bereits das tollste Durcheinander, als in Moskau die Frostkrise ausbrach.

Die Kunst der kommunistischen Oberbäcker aller Länder besteht darin, auf das richtige Pferd zu setzen, wenn es in Moskau zu einem Konflikt zwischen zwei Richtungen kommt. So wie die Brandler, Thalheimer und Genossen in der deutschen K. P. F. zentrale seinerzeit dafür hüben wußten, daß sie auf Radel und nicht auf Sinowjew getauft hatten, so gingen Souvarine, Dunois und Genossen den schicksalsschweren Irrtum, Partei für Trotski zu ergreifen. Das Verbrechen Trotskis, etwas mehr „Demokratie“ in die Reihen der kommunistischen Internationale zu bringen, entsprach durchaus den Lebensnotwendigkeiten der französischen kommunistischen Bewegung. Indessen ist bekanntlich Trotski in seinem Kampfe gegen das Triumvirat Sinowjew-Stalin-Lamencow glatt unterlegen und inzwischen abgelehnt worden. Das Verbrechen des Triumvirats geht jetzt dahin, alle diejenigen in der Partei der dritten Internationale, die sich durch „Trotskismus“ verächtlich gemacht haben, rücksichtslos anzumerzen. In der deutschen Partei hat diese Reinigungsaktion bereits eingesetzt, in der französischen Partei ist sie auf dem längsten Krieges vollzogen worden. Da Moskau über die Raffie verfügt, ohne die die kommunistischen Parteien nirgendwo lebensfähig sind, war es klar, daß die Trotskisten auch in Frankreich samt und sonders abgefäht werden würden. Die „Humanität“, die allein in der Lage war, aber den gebildeten Parteitag ausführlich zu berichten, hat begeisterte Schilderungen dieser Tagung veröffentlicht, die eine „entscheidende Etappe auf dem Wege zur Bolschewisierung“ der K. P. F. gewesen sei. Gleich in der ersten Nummer der

Der Poststreit vor dem Völkerbund.

Der Bericht des Oberkommissars. - Die Auffassung des Völkerbundsrates.

Der Danzig-polnische Poststreit hängt jetzt in einem etwas merkwürdigen Schwebezustand. In seiner Entscheidung hat der Oberkommissar klar zum Ausdruck gebracht, daß Polen nicht berechtigt ist, einen öffentlichen Postdienst in Danzig zu unterhalten. Im Gegenteil zu der klaren Rechtslage geht jedoch der Betrieb der polnischen Post weiter, da es Polen gegen die Entscheidung des Oberkommissars, den früheren Zustand wiederherzustellen, also die polnischen Briefkästen zu entfernen und den Bestelldienst einzustellen, Einspruch beim Völkerbundrat erhoben hat. Der Völkerbundkommissar hat darauf bekanntlich unterm 17. Januar einen ausführlichen Bericht über die Postangelegenheit an den Generalsekretär des Völkerbundes in Genf gerichtet. Dieses acht große Seiten umfassende Schreiben wird jetzt im Wortlaut mitgeteilt. In diesem Schreiben bittet der Oberkommissar das Generalsekretariat des Völkerbundes, ihm baldmöglichst erlassen eine Anweisung hinsichtlich des Verfahrens zu geben, das er in dieser Angelegenheit befolgen zu sehen wünsche, besonders hinsichtlich einer Rückkehr zum status quo (früheren Zustand) vor der Erweiterung des polnischen Postdienstes. Zweitens bittet er um Anweisung des Rates bezüglich der Art und Weise, in der er die Sachlage behandeln soll, die sich aus dem Standpunkt der polnischen Regierung ergeben hat, indem der polnische diplomatische Vertreter in Danzig Maßnahmen gegen die Wiederherstellung des früheren Zustandes (Entfernung der Briefkästen) angebroht hat.

Dieses Schreiben des Oberkommissars ist jetzt vom derzeitigen Vorsitzenden des Völkerbundsrates beantwortet worden. Dieser schreibt folgendes:

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat mir wie auch den anderen Ratsmitgliedern Ihren Bericht vom 17. Januar 1925 über einige Gesichtspunkte der Frage der Erweiterung des polnischen Postdienstes in Danzig mitgeteilt.

Sie erklären in diesem Bericht, daß die rechtliche Frage, also die Frage, ob Polen berechtigt ist, unter bestimmten Bedingungen in Danzig einen polnischen Postdienst zu haben, Ihnen von der Regierung der Freien Stadt auf Grund des Artikels 39 der Konvention vom 9. November 1920 unterbreitet worden sei, und daß der Rat sich zurzeit mit dieser rechtlichen Frage nicht zu befassen brauche.

Ihr Bericht bezweckt, dem Rat die Sachlage, die sich aus dem letzten Vorhandensein polnischer Briefkästen in Danzig ergibt, und die von der polnischen Regierung geäußerten Absichten, falls die Briefkästen auf eine Aufforderung Ihrerseits durch die Behörden der Freien Stadt abgenommen werden sollten, zu unterbreiten.

Ich habe Ihren Bericht aufmerksam geprüft und habe in Anbetracht der Wichtigkeit der Frage, die er behandelt, die Ansicht des Berichterstatters beim Rat für die Danziger Fragen, E. G. des Herrn Quiñones de Leon, des Vertreters Spaniens, eingeholt. Ich gestatte mir, Ihnen im Einklang mit diesem folgende Antwort zu geben, wobei ich

jedoch bemerke, daß es nur eine vorläufige und unvollständige Antwort ist, denn es ist wohl zu beachten, daß die endgültige und vollständige Entscheidung in der Frage dem vollverammelten Rate während seiner ordnungsmäßigen Tagung im März überlassen bleiben muß.

Ich stimme Ihnen vollkommen darin bei, daß Sie die Fragen, die Ihr Bericht vom 17. Januar behandelt, dem Rat unterbreitet haben. Mir sind auch Ihre Befürchtungen bezüglich hinsichtlich des Vorhandenseins der besagten Briefkästen in der Stadt Danzig und betreffs des Postdienstes, den Sie mit sich bringen, bis der Rat des Völkerbundes Gelegenheit gehabt hat, die aufständische Rechtsfrage zu entscheiden. Ich bin aber der Ansicht, daß der Rat auf die Klärung und den guten Willen aller Beteiligten und insbesondere der Danziger Bevölkerung vertrauen und die Aufrichtigkeit hegen kann, daß die noch einige Wochen bis zur nächsten Tagung des Rates während der Fortdauer des gegenwärtigen Bestandes nicht zu neuen Verwicklungen Anlaß geben wird.

Ich weiß, daß die Danziger Behörden vollständige Maßnahmen ergriffen haben, um neue Zwischenfälle zu verhindern und möchte meine Zustimmung zu diesem Verhalten aussprechen.

Ich möchte annehmen, daß die Regierung der Freien Stadt und die Regierung der Republik Polen, den Wünschen der Rat des Völkerbundes in dieser Angelegenheit folgen wird, vertrauensvoll abwarten werden, ohne an irgend einer Maßnahme zu denken.

Das Gutachten über die Eisenbahn-Direktion.

Aus Genf wird gemeldet: Die Erklärung eines Gutachtens für die Entscheidung des Völkerbund-Kommissars hinsichtlich der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig hat der Berichterstatter des Völkerbundsrates für die Danziger Fragen, Quiñones de Leon (Spanien), gemeinsam mit dem Präsidenten der Verkehrs-Kommission des Völkerbundes auf Grund eines Ratsbeschlusses vom letzten Dezember ein dreigliedriges Komitee ernannt, das am 18. Februar in Genf zusammentritt und sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Van Gyngha, Professor an der Universität Leyden, Rivante, Professor an der Universität Rom, Atiquille, Generaldirektor der schweizerischen Bundesbahnen.

Wie erinnerlich, hat im Dezember 1922 der Völkerbund-Kommissar entschieden, daß Polen nicht berechtigt ist, auf Danziger Gebiet ohne Einwilligung der Freien Stadt Danzig eine Eisenbahndirektion zu errichten. Polen appellierte gegen diesen Beschluß beim Völkerbundrat, worauf langwierige Verhandlungen stattfanden, bis am 31. Dezember der Rat beschloß, ein Gutachten darüber einzufordern, ob die Entscheidung des Völkerbundkommissars den bestehenden Verträgen, Entscheidungen und Abkommen entspricht.

Eine unbefriedigende Antwort.

Senator Fuchs machte sich die Antwort auf die Feststellungen des Stadtb. Gen. Stawicki sehr leicht durch die Erklärung, daß er keinen Amtsmißbrauch getrieben habe. Ueber den Verbleib der Milch könne er nichts sagen, an der Ehrlichkeit der auf Beihof tätigen Beamten könne aber nicht gezweifelt werden. Nachdem Stadtb. Scheller (Deutschl.) seinem Zorn gegen den Amtsrat Silling Luft gemacht hatte, protestierte Stadtb. Gen. Runge ganz entschieden gegen etwaigen Verkauf von Häußchen Grundbesitz, denn zur Zeit sei kein Bedarf für Grundstücke vorhanden.

Ohne wesentliche Ausprägung wurde mit den gleichen Stimmen der Etat der Forst- und Länderverwaltung unverändert angenommen.

Abbau der höheren Beamten.

Um so länger beschäftigt sich das Haus mit dem Etat der allgemeinen Verwaltung, bei dem die Frage des Beamtenabbaues eine große Rolle spielte. Stadtb. Gen. Behrend wies darauf hin, daß die Stadt bei der Verteilung der Verwaltungslasten schlecht abschneide. Der Anteil der Stadt an der Bezahlung der Beamten, die städtische und staatliche Obliegenheiten zu erfüllen haben, sei viel zu hoch. Mehr wie bisher müsse auf den Abbau der höheren Beamten Bedacht genommen werden. Stadtb. Steinhoff (Deutsch-Danz.) erklärte, Antrag zu haben, schärfsten Protest gegen die Beamtenpolitik des Senats zu erheben und wandte sich in seinen längeren Ausführungen, die nicht immer auf einer angemessenen Höhe standen, gegen den Import deutscher Beamter nach Danzig. Er beantragte, die Summe, die zur Befolgung der staatlichen Beamten, die auch städtische Angelegenheiten erledigen, um 200 000 Gulden zu kürzen. Aus dieser Summe solle ein Fonds gebildet werden zur Unterstützung abgehauener Angestellten und Beamten. Die Angestellten der Stadt sollten um 2 Prozent vermindert werden.

Mit diesen Forderungen war Stadtb. Groß (Dt.-Lit.) durchaus nicht einverstanden. Es seien seit 1919 neue Leiter geschaffen und deshalb eine Vermehrung der Beamten und Angestellten notwendig gewesen. Eigentümlich berührt es, daß Herr Groß erklärte, daß die tüchtigsten Beamten in den Staatsdienst übernommen worden seien; eine Bemerkung, die für die kommunalen Beamten nicht sehr schmeichelhaft ist. In kurz persönlicher Weise beschäftigte Redner sich mit dem Stadtb. Steinhoff, den man zum Amtsrat befördern will, kann werde er Ruhe halten. Die Beamten, die in den Staatsdienst übergetreten sind, müßten das Recht haben, in ihrer jetzigen Stellung wieder in den Dienst der Stadtgemeinde zurückzutreten. Den gleichen Standpunkt vertritt auch der deutsch-nationale Melak, der sich ebenfalls in wenig Nebenwärtiger Weise mit seinem Kollegen Steinhoff beschäftigte. Dieser verwandte sich mit der Bekämpfung eines vertraulichen Schreibens des Direktors Groß an den Präsidenten des Vollrates, worin sich Groß sehr abfällig über die evtl. Beförderung eines Beamten äußerte. Diese persönlichen Auseinandersetzungen der Beamtenvertreter hatte die Debatte auf ein Niveau gebracht, wie sie der Würde einer Volksvertretung wohl kaum entspricht. Stadtb. Runge deutete dies andeutend an und wandte sich energisch dagegen, daß die kommunalen Beamten als minderwertig hingestellt werden. Im hohen Grade habe die Stadtverwaltung enttäuscht zu sein. Ueber 30 Personen sind in der städtischen Verwaltung, die den Titel Stadtratsrat aber nicht mehr führen.

Hier müsse abgebaut werden. Mit der Herabsetzung der Ausgaben um 200 000 Gulden sei die sozialdemokratische Fraktion einverstanden, lehne aber die übrigen Anträge der Deutsch-Danziger Partei ab. Stadtb. Winter (Dt. Lit.) lehnte einen sofortigen Abbau der Angestellten um 25 Prozent ab, dieser möge in der vom Senat vorgeschlagenen Form sich vollziehen.

Die Anträge der Deutsch-Danziger Partei wurden sämtlich abgelehnt, worauf auch die Antragsteller gegen den Etat der Allgemeinen Verwaltung stimmten. Er wurde jedoch mit 23 gegen 20 Stimmen angenommen. Ausnahme fand auch eine Entschädigung, daß die in den Staatsdienst übergetretenen Kommunalbeamten mit ihrer jetzigen Dienstbezeichnung in der Beamtennachweisung geführt werden.

Daraufhin wurde die Etatsberatung abgebrochen und die weiteren Punkte der Tagesordnung erledigt. Für die Kottbeler Leuchtungsanlage im Stadttheater wurde eine Ueberführung in Höhe von 168 Gulden nachbewilligt.

Eine neue Erwerbslosendebatte.

Zum vierten Male beschäftigte sich die Stadtbürgerschaft mit dem Antrage, den Erwerbslosen Kartoffeln, Kohlen und Brennholz zu liefern. Der Antrag wurde von dem Stadtb. Weber II (R.) begründet. Aber schon der nächste Redner, der Zentrumsb. Dr. Thun zeigte wenig Verständnis für die Not der Erwerbslosen. Er war sogar ungehalten darüber, daß einige Teilnehmer der Erwerbslosendemonstration geraucht haben. Der Vorsteher brachte alsdann ein Schreiben des Senats zur Verlesung, wonach dieser dem Beschluß der Stadtbürgerversammlung vom 27. Januar nicht beitrifft. Nach diesem Beschluß sollten verheiratete Erwerbslose 30 Gulden, unverheiratete 20 Gulden einmalige Beihilfe erhalten, soweit die 80prozentige Höchstgrenze nicht überschritten wird. Der Senat steht auf dem Standpunkt, daß das Maß der zu gewährenden Unterstüßungen durch Staatsbesitz geregelt ist und von den Gemeinden nicht selbständig überschritten werden dürfe.

Stadtb. Gen. Behrend bedauerte das Verhalten der Eifergerichten Parteien, deren Schuld es sei, daß sich die Stadtbürgerschaft immer wieder mit der Not der Erwerbslosen beschäftigen müsse. Die Zahl der Erwerbslosen sei gestiegen und ihre Not größer geworden. Durch die geringe Unterstützung seien die Arbeitslosen zum Hunger verurteilt. Eine einmalige Beihilfe sei notwendig, um Anschaffungen zu ermöglichen. Stadtb. v. Malachinski wandte sich gegen die Wiedereinführung der Eintrittskarten und machte über die Not der Erwerbslosen Ausführungen, die einer Beschimpfung dieser Bedauernswerten gleichkamen.

Als er die sozialdemokratische Fraktion mit Lebenswichtigkeiten bedachte, erwiderte ihm Stadtb. Gen. Runge, daß durch das Vorgehen der Kommunisten die Interessen der Erwerbslosen nur geschädigt würden. Für die Kommunisten diene diese Angelegenheit nur als Agitation. Als der Stadtb. Grocki (S.) den Kommunisten v. Malachinski große Dummheit vorwarf, erhielt er einen Ordnungsruf. Die Debatte endete damit, daß der Antrag auf Bekleidung der Erwerbslosen mit Kartoffeln, Kohlen und Heizung mit 20 gegen 20 Stimmen abgelehnt wurde. Um 1/2 9 Uhr vertagte sich das Haus.

Beendigung der Hafenarbeiter-Lohnbewegung.

Annahme des Schiedsspruches.

Das bisherige Lohnabkommen für die Hafenarbeiter erlosch mit dem 31. Januar sein Ende. Trotz der unangünstigen Schiffsfahrtsverhältnisse glaubten die Vertrauensleute dennoch neue Forderungen stellen zu müssen, aumal die Lebenshaltungskosten nicht unerheblich gestiegen waren. Es wurde eine Erhöhung des Tagelohnes von 9,50 auf 11 Gulden gefordert.

Der Hafenbetriebsverein verhielt sich dieser Forderung gegenüber vollkommen ablehnend und verlangte die Verlängerung des alten Lohnabkommens auf drei Monate. Dem konnte von seiten der Gewerkschaften nicht stattgegeben werden, worauf auf Beschluß der Vertrauensleute der Schlichtungsausschuß angerufen wurde. Dieser sollte nach mehrwöchigen Verhandlungen nachstehenden Schiedsspruch:

Der zurzeit gezahlte Tagelohn von 9,50 Gulden bleibt für die Monate Februar und März bestehen.

Für die Zeit vom 1. April 1925 bis zum 31. Juli 1925 wird der Tagelohn auf 10 Gulden erhöht.

An diesem Schiedsspruch nahm eine im Gesellschaftshaus Neufahrwasser statt behandelte Versammlung der Hafenarbeiter Stellung. Der Bevollmächtigte des Verkehrs-Bundes Werner erstattete den Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung. An der sehr sachlich gehaltenen Aussprache kam die Unzufriedenheit mit dem gefällten Schiedsspruch lebhaft zum Ausdruck, während ein anderer Teil der Hafenarbeiter für die Annahme des Spruches unter den obwaltenden Umständen eintrat.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Schiedsspruches.

Die Unterstützung der arbeitslosen Hafenarbeiter.

Hieran erstattete Kollege Werner einen Bericht über die von seiten der Gewerkschaften unternommene Hilfsaktion für die durch lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Hafenarbeiter, die als Gelegenheitsarbeiter von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen sind. Der Senat hat auf bringende Fortsetzung der Gewerkschaftsvertreter die Notlage der arbeitslosen Hafenarbeiter anerkannt und einen einmaligen Unterstützungsbetrag von 50 000 Gulden bewilligt, von denen 38 000 Gulden durch den Deutschen Verkehrs-Bund und 12 000 Gulden durch den Christlichen Fabrik- und Transportarbeiter-Verband prozentual der Mitliederzahl zur Verteilung gelangen sollen. Die Höhe der Beihilfe ist auf 15 Gulden pro Haushalt mit einem Zuschlag von 3 Gulden für jedes unterhaltsberechtigten Kind mit der Maßnahme festgesetzt, daß der Gesamtbetrag der Beihilfe 30 Gulden nicht übersteigt. Die Auszahlung der Unterstützung ist bereits am gestrigen Tage begonnen und wird heute fortgesetzt.

Identifizierung Leiche. Die am 8. Februar d. J. in der Weichsel in Renthrobracker amfandene männliche Leiche konnte identifiziert werden. Es handelt sich hier um den Seemann Carlus Hansen von dem norwegischen Dampfer „Dob“.

Ein Herrenrad, Marke „Kammann-Germania“, als Geiseln angehalten. Beschäftigung von 8 bis 9 Uhr vormittags, Zimmer 37, des Volkstheatergebäudes.

Danziger Standsamt vom 10. Februar 1925.

Todesfälle: Verkäuferin Paula Anker, 30 J. - Kaufmann Johannes Marnat, 24 J. 4 M. - Ehefrau Marie Krain ab. Fund, 78 J. 1 M. - Tochter des Kaufmanns Vladimir Bord, 18 J. - Ehefrau Karoline Sobler ab. Seite, 68 J. 7 M. - Kontoristin Gacille Sebel, 49 J. 7 M. - Oberingenieur Edward de Groff, 67 J. - Arbeiter Johann Kaczinski, 58 J. 9 M. - Aufwärterin Frieda Wolmann, 33 J. 8 M.

Staatsberatung im Roten Hause.

Kritik an der städtischen Grundbesitzverwaltung. Bedenkliche Geschäfte des Senators. Der Beamtenabbau. Keine Beihilfe für die Erwerbslosen.

Stellvertreter der Vorsteher Gen. Grünhagen eröffnete die gestrige Sitzung der Stadtbürgerschaft und teilte mit, daß die demokrateische Fraktion in Zukunft die Bezeichnung demokrateische Fraktion führe. Stadtb. Groß (bisher Aba-Gr.) gehörte dieser Fraktion ebenfalls an. Ein kommunistischer Antrag, die Erwerbslosenfrage vor der Staatsberatung zu erledigen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Es setzte darauf die zweite Lesung der städtischen Stats für 1925 ein. Zunächst bildete der Haushaushaltplan der

Städtischen Grundbesitzverwaltung

Gegenstand der Beratung, die zeitweise zu scharfen Anwesenheiten führte. Stadtb. Lange juhr gegen den Amtsrat Silling, der die städtischen Pächter schikanieren und sich Uebergriffe erlaube, schweres Geschütz auf.

Eigenartige Geschäfte eines Senators.

Stadtb. Gen. Stawicki beschäftigte sich mit dem städtischen Gut Beihof, dessen Wirtschaftsführung verbesserungsbedürftig sei. Ueber ein großes Quantum Milch reht jeder Nachweis. Die Einnahme aus dem Milchverkauf arbebe wenigstens 86 000 Gulden, wogedem sei im Etat nur eine Gesamtentnahme von 50 000 Gulden vorgesehen. An der Ehrlichkeit der dort beschäftigten Beamten sei nicht zu zweifeln. Aber die geschäftlichen Beziehungen des Deputierten für den städtischen Grundbesitz, des Zentrumssenators Fuchs zu dem Gute Beihof seien recht bedenklich. Senator Fuchs habe von dem städtischen Gut Milch und Schone erhalten, auch Gänse und 2 Schweine für den Preis von 81 und 161 Gulden. Eigentümlich müßte es berühren, daß zwei Schone des Senators wochenlang auf dem Gute verpflegt worden sind. Derartige Vorgänge unterstehen besser, da sie zu unliebsamen Gerüchten in der Bevölkerung führen müssen. Stadtb. Winter (Deutsch-liberal) wünscht Austausch über Positionen, die für den An- und Verkauf von Grundstücken in den Etat eingestellt sind. Zum dem Stadtb. Dinslage wurde eine scharfe Attacke gegen die Bodenpolitik des Senats gerichtet. Sie bedeute einen Ueberstieg des bodenreformatorischen Gedankens. Die im Etat vorgesehene Summe von 120 000 Gulden für Zinsen aus früheren Grundstücksverkäufen beantragte Redner zu kürzen. Der Senat möge zur Deckung dieser Schuld Grundbesitz verlaufen. Ein weiterer Antrag forderte, die im Etat enthaltene Summe für Angestellten-Einstellung um 2 Prozent zu kürzen. Die weichen Angelegenheiten wurden zu hoch begut, erklärte Herr Dinslage, der Parteifreund von Fel. Roh, vom Verhand der weichen Angelegenheiten. Im Gegensatz zu seinem Vorredner forderte der Kommunist v. Malachinski die Verstaatlichung des gesamten Grundbesitzes.

Senator Dr. Seile stellte sich schägend vor den angegriffenen Amtsrat Silling; das vorgebrachte Material habe keine positiven Formwirke ergeben. Die Grundstücksverkäufe würden von dem im Etat eingestellten Summen bestritten und jedesmal von der Stadtbürgerschaft beschlossen. Der Ankauf von Grund und Boden erfolge nicht aus Empathie für bodenreformatorische Ideen, sondern im Interesse eines großzügigen Ausbaues der Stadt Danzig. Die jetzige Grundbesitzverwaltung folge nur den Spuren ihrer Vorgänger; Danzig könne hoch sein auf seinen nachwachsenden Grundbesitz (Bodenreform). Der von dem Stadtb. Dinslage geforderten Grundbesitzsanierung lehnte Redner entschieden ab, wobei der städtische Grundbesitzverwaltung von 25 Proz.

Der Mensch und das Wetter.

Die Vögel fliehen, der Wind saust durch die Blätter, —
Ein Regenschauer zieht durch Wald und Feld —
Zum Abschiednehmen lust das rechte Wetter
Graz wie der Himmel steht vor mir die Welt. —

So singt Schöffels jenseitblonder „Trompeter von Sätzen“. Die Stimmung des Menschen hängt in der Tat vom Wetter ab. Jeder kann in sehr leichter Weise den Beweis dafür erbringen. Man braucht nur durch ein hellgelbes gefärbtes Glas zu schauen, so wird man erkennen, daß die Welt und die Umwelt froh, heiter und lustig aussieht. Blickt man dagegen durch ein dunkel gefärbtes Glas, so machen dieselben Gegenstände einen trauernden toten Eindruck. Die Meteorologie, d. h. also die Wetterkunde, und die Wissenschaft der Medizin arbeiten denn auch in gewisser Beziehung mit einander Hand in Hand. Die Wissenschaft weiß z. B., daß es Menschen gibt, die, wie sich das bei dem bekannten Philosophen Nietzsche in besonders effektanter Weise äußerte, nur in ganz bestimmten Höhen und bei ganz bestimmtem atmosphärischen Druck arbeiten können. Die Wissenschaft nennt diese Menschen Meteoropathen.

Meteorologie und Medizin.

Die Meteorologen und die Mediziner haben seit längerer Zeit ein wissenschaftliches Bündnis geschlossen. Auf dem Naturforschertag in Jansbrunn vor mehreren Jahren wurde die Frage, ob und wie weit das Wetter mit Krankheiten und mit Stimmungen der Patienten zusammenhängt, eingehend erörtert. Ein festes Bündnis allerdings und ein starkes Gebäude der Wissenschaft konnten — das sei vorweg bemerkt — bisher nicht aus der Zusammenarbeit von Wetterkundigen und Medizinern errichtet werden. Es konnten keine beweisfähigen Schlüsse gezogen werden, weil der Meteorologie Grenzen gesetzt sind, die sie bisher nicht hat überwinden können. Vielleicht ist das auch ganz gut so, denn wenn es anders wäre, hörte die Forschung auf. Wie so häufig bei wissenschaftlichen Entdeckungen und Erfindungen der Zufall eine Rolle gespielt hat, ist man eigentlich auch durch einen Zufall zu der Erkenntnis gekommen, daß das Wetter, und namentlich trübes, regnerisches Wetter und ein heißer, verhängter Himmel, auf die Kranken von besonderem Einfluß sein müssen. Ein Frauenarzt in der Nähe von Berlin, der eine Frauenklinik hat und der tagsüber außerordentlich stark beschäftigt ist, hatte sich ein kleines Gärtchen angeeignet, in dem er zu seiner Erholung arbeitete. Dabei machte er folgende eigenartige Beobachtung: Jedesmal, wenn er bei schlechtem Wetter im Garten war, wurde er abgerufen, weil in seiner Frauenklinik allerhand „Los“ war, was ihm als Arzt viel zu tun gab. Wenn er dagegen bei gutem Wetter im Garten arbeitete, wurde er niemals dringend nach der Frauenklinik verlangt. Als sich diese Fälle immer wieder ereigneten, kam er schließlich auf den Gedanken, daß zwischen dem Wetter und den Kranken gewisse Beziehungen bestehen müßten. Inzwischen haben sich Mediziner und Kliniker sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt. In Berlin ist es vornehmlich der Oberarzt der zweiten medizinischen Klinik, Privatdozent Dr. Arnoldi, der allen diesen Dingen das rechte wissenschaftliche Interesse entgegengebracht hat. Herr Dr. Arnoldi wußte dem „Vorwärts“ aus seinen Experimenten folgende interessante Tatsachen mitzuteilen: Wenn sich über Nacht das Wetter geändert hat, wenn Regenschälle eingetreten sind oder auch vor einem Gewitter oder schließlich überhaupt bei hohen Temperaturen, dann weiß ich bereits, daß ein schlechter Tag mir und den Kranken bevorsteht. Auf der ganzen Station liegt gewissermaßen ein Druck. Die Kranken haben schlecht oder gar nicht geschlafen. Die Nervenfälle treten außerordentlich häufig und sehr bedrohlich auf, die Temperatur ist eine höhere als sonst. Migräne mit Erbrechen ist sehr häufig. Starke seelische Verstimmung, alte Narben schmerzen wieder, bei chronischem Gelenkrheumatismus treten heftige Schmerzen und Schwellungen auf, Herz-Kreisläufungsstörungen, verlangsamte Ausfließenabgabe, große Ermüdbarkeit, sowie eine anders geartete Tätigkeit des Magen- und Darmkanals sind die Folgen des schlechten Wetters. Ich habe eine Zeitlang einen Nervenkranken, der bei trübem Wetter häufig schwere Nervenfälle erleidet, die Anfälle genau nach Tag und Stunde aufzeichnen lassen. Dieses Verzeichnis habe ich dann dem Wetterbureau gegeben mit der Bitte, mir mitzuteilen, ob an diesen Tagen und zu diesen Stunden das Wetter besonders abnorm war. Leider haben diese Versuche feste Resultate nicht gezeitigt. Das liegt daran, weil die Meteorologie heute immer noch nicht über bestimmte Ercheinungen in der Atmosphäre vollständig im klaren ist. Jedenfalls sind bei sogenannten abnormen Temperaturen atmosphärisch-elektrische Vorgänge und Strömungen in der Luft vorhanden, die auf die Kranken und überhaupt auf leibhaftig sensible Naturen unangenehm wirken. Man hat immerzeit in Potsdam auf der Wetterwarte Versuche angestellt nach dieser Richtung, die aber bisher einwandfreie Resultate nicht gezeitigt haben. Wie immer, ich weiß jedenfalls, daß ich bei Wetterumschlag und bei vollständig veränderter Temperatur eingreifende Behandlungsmaßnahmen nicht vornehme, Einwirkungen und andere Arzneien, die notwendig wären, nicht verabreiche. Es heißt dann, die Arznei hat nicht gewirkt. In Wahrheit aber ist ichuld der Wetterumschlag, das trübe und regnerische Wetter. Alle Welt weiß, um auch dieses noch zu erwähnen und damit zu beweisen, wie wichtig alle diese Sachen sind, daß bei feuchtem, regnerischem Wetter die Menschen von Schwächen, Erkältungskrankheiten und Grippe befallen werden. Die medizinische Wissenschaft aber weiß heute noch nicht, warum eigentlich der Mensch bei regnerischem Wetter von Schwächen zusetzt und nicht auch bei trockenem und klarem Wetter. Ich will zum Schluß nicht versprechen zu erwähnen, daß bisher über diese Untersuchungen und Experimente noch sehr wenig Literatur und Erfahrung vorliegen.

Das Wetter und die Frauen.

Vor allem in den Frauenkliniken und Erbindungsanstalten hat man der Frage des trübem Wetters und des verhängten Himmels im Zusammenhang mit dem Befinden von Schwangeren und Gebärenden das größte Interesse entgegengebracht. Man hat hier lange schon erkannt, daß bei einem solchen Wetter alle möglichen nervösen Erscheinungen besonders häufig und besonders stark nach bemerkt werden. In der Berliner Universitätsfrauenklinik hat sich vor allem der Oberarzt, Privatdozent Dr. Philipp, mit diesen Fragen beschäftigt. Er hat immer wieder feststellen können, daß bei trübem Wetter häufig bei Schwangeren und Gebärenden die sogenannte Eklampsie auftritt. Unter Eklampsie versteht der Frauenarzt schwere krampfartige Zustände, die namentlich, wenn sie bei Gebärenden eintreten, nicht selten von so großer Gefahr sind, daß sie den Tod der Patientin herbeiführen. Aber auch hier muß gesagt werden, daß der Mann der Wissenschaft den Zusammenhang zwischen diesen Krampfanfällen und dem Wetter ohne jeden Zweifel nach längerer Erfahrung festgestellt hat, aber leider noch nicht erklären kann, warum ein solcher Zusammenhang besteht.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß auch die Mediziner sich mit dem Zusammenhang zwischen Wetter und Gebärenden beschäftigt und zu ergründend versucht haben, ob trübes Wetter die Dezentration bei dem einzelnen so weit treiben

kann, daß er Selbstmord begeht. Freilich ist die Beantwortung dieser Frage besonders schwierig. Eine Handhabe bietet auch nicht die Statistik. Wenn man z. B. erzählt, daß an einem besonders trübem Tag — nun sagen wir acht Menschen in Berlin sich das Leben genommen haben, so kann entschieden der Umstand eintreten, daß an einem klaren und sonnigen Tage zehn Menschen freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Man wird wahrscheinlich über diese Frage zu einer Aufklärung und wissenschaftlichen Beantwortung verlos niemals kommen. Die medizinische Wissenschaft und die medizinische Literatur wissen außerdem aus alter Erfahrung, daß der Monat Mai der typische Selbstmordmonat ist. Ein Monat also, von dem man im allgemeinen mit Schöffel sagen muß: „Graz wie der Himmel steht vor mir die Welt.“

Man sieht also aus dem Vorstehenden, aus den Ausprägungen und Experimenten bekannter Vertreter der Wissenschaft, daß hier ein noch großes und zum Teil unbekanntes Gebiet zu erforschen ist. Im übrigen kann so ziemlich jeder nach dieser Richtung aus eigener Erfahrung sprechen. Es gibt wohl kaum einen Menschen, der in seinen Stimmungen und seiner Gemütsverfassung vom Wetter nicht abhängig ist. Vor allem ist es das ewig trübe Wetter und der stets verhängte Himmel, die Lust und Pessimismus erzeugen. Hoffentlich hat der Himmel bald ein Einsehen und läßt uns die Sonne sehen.

Flettners Erfindung.

Nicht nur in Deutschland, sondern in allen Kulturländern der Erde hat die Erfindung des Ballonsegels die allergrößte Beachtung gefunden, und schnell ist der Name des genialen Erfinders der gesamten zivilisierten Welt bekannt geworden.

Anton Flettners war, wie die „Germania“ berichtet, länger als zehn Jahre katholischer Volksschullehrer, seine Ausbildung erhielt er in den Jahren 1903 bis 1906 auf dem katholischen Lehrerseminar in Fulda. Vor seinem Eintritt in das Seminar hatte er mit seinem Vater eine große Auslandsreise ausgeführt, die ihn bis nach Australien brachte. Wahrscheinlich war Flettners Vater Steuermann oder Kapitän des Schiffes, im Schillerabum des Fuldaer Lehrerseminars wird der Vater als Schiffsdampferbesitzer genannt. Daraus erklärt sich, daß der junge Flettners bei dem Wasser, auf dem Schiffe aufwuchs, und 1903 lieber Seeoffizier geworden wäre als Seminarist in Fulda. Der frühere junge Mann hatte ein vielseitiges Wissen und ideenreiches Gemütsleben. Die Liebe zur Schifffahrt verleitete ihn nie, schon damals beschäftigte er sich häufig mit wissenschaftlichen Problemen. Im letzten Seminarjahre stieß ihm die erste Erfindung, eine Fernvorrichtung des Torpedos. Durch die Hilfe eines Lehrers im Seminar und die Bemühungen des derzeitigen Fuldaer Landrats ward es dem jungen Erfinder ermöglicht, seine Erfindung dem Marineminister zu Berlin vorzulegen, wovon sich die Beachtung und Erprobung erfuhr.

Nachdem Flettners im Herbst 1906 die Lehrerbildung hätte Fulda mit dem Reifezeugnis verlassen hatte, erfolgte seine erste Anstellung in Pfaffenwiesbad (Mosau); verkehrstechnische Probleme hielten ihn auch hier im Banne, vor allem die Frage der zweckmäßigsten und sichersten Eisenbahnwagenkupplung. Er schuf nach dieser Richtung hin Grundrissen, die von anderen Erfindern weiter ausgebaut wurden. Als Lehrer wirkte er weiter in Vörsbach (Saunus) und sodann in Frankfurt a. M. an der Straßenbahnstation. Während es Krieges war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fliegertruppe zugezogen; in den Siemens-Schubert-Werken arbeitete er wiederum mit Erfolg an einem verkehrstechnischen Problem, dem Flettners-Flettners für Flugzeuge, das seinen Namen bald in allen Fliegerkreisen und darüber hinaus bekannt machte. In enger Zusammenarbeit mit den Kampffliegern und den beteiligten Industriellen erfolgte ein schneller Ausbau dieser Erfindung.

Nach Beendigung des Krieges verließ Flettners den Schuldienst; was er schon früher geahnt und gefühlt, war ihm mittlerweile klare Bewußtsein geworden: Nicht der Schule gehörten seine Arbeitskräfte sein Geist und seine Liebe, sondern der Wirklichkeit, und Technik. Drum stellte er ihr seine Energie voll und ungeteilt zur Verfügung. Dort ist er auf dem Platze, wosin von Jugend an sein instinktives Streben oina. Die letzte Erfindung hat ihn zu einem berühmten Mann gemacht, und den Namen Flettners hineingetragen in die gesamte Kulturwelt.

Das lodende Dorf.

Ein Dorf, das ein einziger großer Kochtopf ist und in dem niemand noch extra den Herd zu heizen braucht, ist der Ort Whakarewara in Neuseeland. Das Dorf liegt in einem Gebiet, in dem unterirdische Vulkanen tätig sind, die heiße Quellen emporströmen. Diese merkwürdige Gegend hat die österreichische Weltreisende A. M. Karlin besucht. Sie reist ohne irgend welche Schuttmittel oder irgend eine fremde Unterhaltung in die Welt und ist jetzt nach fünf Jahren auf den Fidschi-Inseln angelangt. Mit dem Eisenbahnzug fuhr sie nach Roturra, das ein dampfendes Städtchen ist; denn in den Parks und Stadtwinkeln bilden heiße Quellen kleine Geiser, und dicke Schwefelwolken umziehen die Häuser. In Roturra gibt es ein berühmtes Radium- und Heißschlammbad, in das man vorsichtig hineintreten muß, denn zu starke Bewegung schadet und ein Wassertropfen der ins Auge käme, würde sehr unangenehm empfunden werden. Dann fuhr die Reisende im Boot nach dem „lodenden Dorf“ Whakarewara. In den Dampföfen des Erdbodens, schreibt sie, loden in eignen Klackföhrden die süßen Kartoffeln, dampft ein Stück Schweinefleisch der Vorkochung entgegen, drückt aus Dampfvolken ein Bündel frischen Brodes. In einem heißen Wasserloch wird Wäsche gewaschen und daneben, in einem kühleren Bade, sitzt ein sechsjähriges Mädchen und seilt sich den Kopf. Heiß ist der Boden, auf dem man geht. Hier und da bricht Dampf durch ungeschützte Spalten. Da und dort verlinkt der Boden in einer lodenden Vertiefung, aus der Schlamm aufspringt. Aus einer Felspalte grunzt eine unterirdische Quelle unheimlich; sie heißt „das grunzende Schwel“. Auf einer Berghöhe liegt sonnengebadet ein altes, mit Holzpalisaden und Ballgittern umgebenes Dorf, vor dem alle Göttervorfahren gehalten, zugehörigen und mit vornehmender Junge, stehen, und in das man nur durch ein allerhöchste geschütztes Tor treten darf. Im Hofe ist die Halle oder Wohnstätte des Vorkochens, des Brückens oder Saubereits, in dessen heilige Gegegnung sich kein geringer Mann wagen darf. So heißt der „Jager“ war er, daß er nie Speisen berühren durfte, imfolgebenden fütterte man ihn mit einer langen Stange, auf die Fleisch und andere Speisen geschickt waren, durch einen klärenden umgebenen Raum. In der dahinterliegenden Schlucht, an der man an Schlammquellen vorbei und durch Manns-Geräusch hindurch gelangt, liegt der einzige, im Innern befindliche Geiser. Die weißlichen Wasser, die ins Pan des Himmels zu schienen scheinen, das Gold des Sprühregens und der Luft der umgebenden Dampfvolke vereinigen sich zu einem schönen Bilde. Wichtig wirken diese Geiser, die Schlamm hochwerfen und die mit ungleicher Gemutigkeit in die Höhe gehen, nachdem ein unheimliches, im Erdinneren vor sich gehendes Rollen vorher geworden.

Der verhinderte Heldentod.

Eine wahre Geschichte aus der Revolutionszeit.

Seine Erzählung der Kommandierende General unter-schieden gerade den 2099. Strafbefehl gegen den Landsturm-mann Alois Butterjack wegen unvorschriftsmäßigen Grü-hens, als in ebenfalls unvorschriftsmäßiger Haltung die Dr-domanz Maier beide Flügelkuren zum Unerbittlichsten aufreißt und brüllt: „Erzählung — Revolution!“ — Der Hand der Erzählung entlauf der Füllfederhalter und jämliche Orden und Ehrenzeichen gerieten in ein ebenso beängstigendes wie melodisches Klappern beim Auf- und Niederwogen seiner Feldentrost.

„Was — — — Revolution?“ ächzte er und sah hilflos nach seinem Adjutanten hinüber. Der winkte ab. „Bedauere, Erzählung, das königlich bayerische Dienstreglement enthält keinen Passus über Revolutionen.“ In diese Unterhaltung hinein stürzte plötzlich ein unheimliches Geräusch, das eine fatale Nechlichkeit mit Flintenschüssen hatte, und Maier meldete: „Erzählung, gleich mensch's da sein, und sie ham geschmor'n, daß sie Euer Erzählung zu Suppenfleisch haben wer'n.“

„Am Gotteswillen, Revolution — und ich stehe hier noch in Uniform — Maier, laufen Sie runter zum Portier, er soll mir meinen Anzug leihen. Ein Monatsgehalt für ein Zivil!“ feuchte Erzählung, und sein Anzug leuchtete in den blau-weißen Landesfarben, während gleichzeitig ein unter-irdisches Grollen sich seinem majestätischen Korpus entrang. Halb gezogen, halb getragen, verschwand Erzählung hinter dem Schrank, während Maier enteilte.

Unruhig war dieser Rollenwechsel. Erzählung wog 160 Pfundchen, während der Portier ein kleines D.M.-Männchen von Knapp 80 Pfund war. Als Erzählung dann endlich vor dem Spiegel trat, prallte er zurück — er sah aus wie ein Mastodont im Konfirmationsanzug. Maier grüßte unvor-schriftsmäßig und der Adjutant murmelte schmach: „Der Friede ist ausgebrochen.“ Erzählung aber betrachtete stieren Blicks sein göttergleiches Bild — das war das Ende! Plötz-lich sagte ihm eine fürchterliche Mut. Lieber an der Spitze der Kompagnie einen Heldentod sterben, als im Portierzivil Großvater werden. Mit einem jähen Ruck, daß alle Knöpfe sprangen, riß er die bürgerlichen Gewänder vom Leibe und brüllte mit Donnerstimme: „Maier, schnell meine Uniform.“ Der reichte ihm eingekuschelt den Rod. „Die Hosen her, zum Donnerwetter!“ tobte Erzählung. „Un-möglich, Erzählung, Sie haben doch nur das eine Paar.“ Erzählung entriß Maier die Hosen, blühte einen Augenblick in sie hinein . . . und erlebte. „Unmöglich, Sie anzuziehen. Armes Deutschland, nun bist du verloren!“ Und Erzählung brach zusammen, während Maier mit ausgebreiteter Arme die Hose hinausstrug, um sie der penionsberechtigten Schenkerfrau Creszenzia Rüdeldampf zur weiteren Veran-laffung zu überreichen.

Nachtrag.

Nach 50 Jahren im Armeemuseum in München. Unter einem Glassturz ruht die Hose seiner Erzählung, neben ihr auf einem Samtkissen jämliche Orden. Der Führer erklärt: „Und die Hose, wo Sie hier sehen, gehörte dem königlich bayerischen Generalstab zu München. Er trug sie damals im November 1918, als unsere Helden an der Front von hinten erdolcht wurden. Erzählung warf sich den Revolutio-nären mit gezücktem Degen entgegen. Da wurde auch er von hinten erdolcht. Hier sehen Sie noch, wo ihn der Stoß des Mörders traf.“ Mit unflottem Blick weist er auf ein beträchtliches Loch in der Hinterfront der Hose seiner Erzählung. Das Publikum rührt sich tief ergriffen und trockenet dann seine Tränen mit dem ehernen Flügelgeschlage der Ge-schichte, den es soeben hat rauchen hören.

Die Vögel des Nordens ziehen nach Süden.

Jetzt endlich hat die Vogelwelt Scandinaviens sich zur Reise nach dem Süden aufgemacht und beginnt, die Küsten Deutschlands zu bevölkern. So wird von der Nordsee und von der Dänische gemeldet. Somit geist das so um die Oktober- Novemberwende. Ein früher und harter Winter sollte dann bevorstehen. Was aber prophezeit der Vorkaus dieser instinktseligen Vogelkreise, wenn er sich um die Januar-Februarwende vollzieht? Sie vollzieht, nachdem reichlich die Küste aller gefährdeten Wintermonate einen erträulichen Herbstcharakter gezeigt hat? Nachdem ein Januar hinter uns liegt, der mindestens sich als April gebärdete.

Aber das ändert alles nichts an der Tatsache, daß jetzt die Vögel des Nordens auf der Flucht sind. Auf der Flucht vor Eis und Schnee. Will es demnach auch in diesem Winter wahr werden, daß das „dicke Ende“ nachkomme? Schidi der Blizard sich doch vielleicht noch an, von Kennort über das Weltmeer hin auch uns anzufallen? Der Winter 1917 fällt uns ein, der von Januar bis Ende April eine unver-nehmlich harte und trostlose Herrschaft ausübt hat. Die stehenden Vögel des Nordens, die lehrrohen Sommer-tierehen, die die Januarsonne gewekt hat: Drakel hin — Drakel her. Am besten, man steckt darauf, und nimmt die Lage, wie sie fallen. Schließlich schmeckt der reise Grae noch besser, wenn man ihn bei drauken harrendem Frost als ein innerlich wärmendes Labial genießt, als wenn man ihn in wetterwendigen Regen- und Sonnenheintagen zur Bekämpfung hartnäckiger katarrhalischer Affek-tionen zu einer schweißtreibenden Medizin degradieren muß. Anagnem — das ist ja richtig — angenehm bleibt er auf alle Fälle.

Kurmis Rekordfischer. Der große Finne Poavo Kurmi ist zweifellos ein sympathischer Sportmann und außerdem ein Kämpfer, wie es kaum alle hundert Jahr einmal geboren wird. Augenblicklich befindet sich der vier-lose Olmriafischer jenseits des großen Wassers, und von „bräben“ meldet seit einigen Wochen fast täglich der Label „Len neuen Weltrekord des Finnen. In der Welt hat man sich schon daran gewöhnt, daß Kurmi jeden Tag einen neuen Weltrekord verzeichnet. Aber wenn man die Geschichte dieser Weltrekorde etwas näher betrachtet, kann man sich eines Sachels doch nicht erwehren. Denn die meisten dieser von den Amerikanern mit so großem Stolz in die Welt hinaus-gekauften Leistungen des Finnen — als ob dieser nicht in Skandinavien, sondern in Amerika geboren wäre — sind kaum mehr als Karikaturen eines Weltrekords. Was soll man z. B. mit einem Weltrekord über 1 1/2 englische Meilen oder einem solchen über 1 1/2 Meilen? Man rechne diese Meilen-lassen nur einmal in Meter um, verache dabei die sich er-gewöhnlichen Bruchteile aber beiseite nicht, wobei hinzugefagt sei, daß die englische Meile 1609 Meter lang ist, und man wird das Trübsicht dieser Weltrekordfischer sofort erkennen. Auf irgendwelchen belächelten Strecken kann auf diese Art jeder seinen Weltrekord aufstellen, weil es bisher niemand eingekommen ist, die gleiche Strecke zu laufen. Wahrschein-lich wird Kurmi der erste sein, den Unia dieser „Welt-rekorde“ auf durchaus unüberwindlichen Strecken einzuführen, und die Schuld daran dürfte niemand anders als die Amerikaner tragen, die, wie von anderen Dingen, auch von Weltrekorden nicht genug bekommen können, wegen die-er kein besseres Wort haben.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Stürzende Entwicklung des deutsch-französischen Handels.

Trotz der ungünstigen Bedingungen, die im Jahre 1924 für den Abzug deutscher Waren in Frankreich bestanden, konnte die Einfuhr nach Frankreich doch erheblich gesteigert werden. Es ist dies ein Zeichen dafür, daß die französischen Kaufleute deutschen Waren ein großes Interesse entgegenbringen, denn sonst hätten sie die Schwierigkeiten, die ihnen aus der Abzugssteuer-Reparationsabgabe erwachsen, nicht in Kauf genommen, sondern ihre Ware aus anderen Ländern bezogen, im Verkehr mit denen sie nicht diese Schwierigkeiten haben. Die Zunahme des deutschen Exports nach Frankreich zeigt außerdem, daß Deutschland in vielen Artikeln wieder wettbewerbsfähig ist. Nach der französischen Handelsstatistik weist die Einfuhr aus Deutschland für die Zeit vom Januar bis November 1924 im Vergleich mit der gleichen Periode des Jahres 1923 die größte Steigerung auf. Die Einfuhr aus Deutschland hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1924 um 97,3 Millionen Frs. zugenommen und belief sich auf 1847,9 Millionen Franken. Mit dieser Einfuhr rückt Deutschland an vierter Stelle hinter den Vereinigten Staaten, Groß-Britannien, Belgien und Luxemburg. In der Gesamteinfuhr Frankreichs macht die Einfuhr aus Deutschland 5,1 Prozent aus.

Das Resultat des Jahres 1924 ist für Deutschland doch durchaus nicht als zufriedenstellend zu betrachten, wenn man das Verhältnis der Einfuhr nach Frankreich zu der Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland berücksichtigt. Auf Grund der einseitigen Meißelbestimmung hat die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland in den ersten neun Monaten 1924 die außerordentlich hohe Summe von 3343,9 Mill. Franken erreicht, das bedeutet eine Zunahme im Vergleich mit der gleichen Zeit des Jahres 1923 um 2403 Mill. Franken. Im Interesse der deutschen Außenhandelsbilanz ist es wünschenswert, daß dieses Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr im Verkehr mit Frankreich korrigiert wird. Man wird annehmen können, daß sich die Ausfuhr Deutschlands nach Frankreich belaufen wird, wenn die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zu einer Einigung führen. Wie diese Einigung im einzelnen ausfallen möge, ist nicht bekannt, die Bedingungen für die deutsche Ausfuhr nach Frankreich verbessern, wenn schlechter wie sie bisher waren, können sie überhaupt nicht werden.

Russlands Getreide-Sorgen.

Die Misere des Jahres 1924 in Sowjetrußland wirkt sich immer stärker aus. Die Berichte, die von der Sowjetpresse aus den Hungergebieten gebracht werden, sind mehr als beunruhigend. Die Zahl der Hungernden nimmt von Tag zu Tag zu, ohne daß die staatliche Hilfe andrückt, die granzugende Not zu lindern. Jedenfalls droht schon eine neue Gefahr. Die Sowjetregierung ist sehr darum besorgt, die Bauern mit Frühjahrsarbeiten zu versehen. Diese Sorge wird infolge der katastrophalen Verminderung der Winterernte durch unzureichende Düngung und Schädlinge noch vermehrt.

Die Bedeutung der Winterernte für Rußland ergibt sich daraus, daß z. B. im Jahre 1923 von 1000 Millionen Dehliatona ganze 3,2 Millionen auf die Winterernte entfielen. Die Versorgung der Bauern mit Frühjahrsarbeiten geht außerdem außerordentlich langsam vor sich. Die Regierung hat den Bedarf an Saatgut mit 12,2 Millionen Pfd. berechnet; von diesem sind aber bisher nur 3,2 Millionen erstanden, obgleich die Bauern bereits am 5. Februar im Besitz der Saatgut sein sollten. Nicht nur das alles ist bedauerlich, sondern die Aussichten für eine frühzeitige Versorgung der Bauern mit Saatgut und auf eine Erhöhung der Anbauhöhe außerordentlich gering.

Es steht übrigens auch schon fest, daß Rußland vorläufig bis auf weiteres von einem getreideexportierenden Lande zu einem getreideimportierenden in hohem Maße geworden ist. In der Monatssitzung der Kontraktkommission des Zentralrates der russischen kommunistischen Partei in Leningrad am 2. Januar 1924 wurde erklärt, daß Sowjetrußland etwa 33 Millionen Pfd. Getreide einzuimportieren gezwungen sein wird, um den notwendigen Anbau zu ermöglichen. Es ist nicht zu erwarten, daß diese Lieferungen zu niedrig bemessen sind.

Die Verschärfung der Finanzpolitik. Der Oberste russische Staatsrat hat am 12. Januar 1924 die folgenden Beschlüsse gefaßt: Der Staatshaushalt für den ersten Halbjahr 1924 ist auf 1000 Milliarden Rubel festzusetzen. Er ist auf der Höhe des Jahres 1923 zu belassen. Die Ausgaben sind auf 1000 Milliarden Rubel zu belassen. Die Einnahmen sind auf 1000 Milliarden Rubel zu belassen. Die Verschärfung der Finanzpolitik ist notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Die Verschärfung der Finanzpolitik ist notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren.

Die Verschärfung der Finanzpolitik. Der Oberste russische Staatsrat hat am 12. Januar 1924 die folgenden Beschlüsse gefaßt: Der Staatshaushalt für den ersten Halbjahr 1924 ist auf 1000 Milliarden Rubel festzusetzen. Er ist auf der Höhe des Jahres 1923 zu belassen. Die Ausgaben sind auf 1000 Milliarden Rubel zu belassen. Die Einnahmen sind auf 1000 Milliarden Rubel zu belassen. Die Verschärfung der Finanzpolitik ist notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Die Verschärfung der Finanzpolitik ist notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren.

(101), Mineralien und Rohmaterialien mit 190 (180), Kolonialwaren mit 130 (92), Rohstoffe für die Textilindustrie mit 104 (87), unbeschichtete Metalle mit 68,8 (86), bearbeitete Metalle mit 66 (56), Fahrzeuge und Maschinen mit 119 (wie i. V.) und Manufakturwaren mit 113 (119) Millionen Fr. ausgeführt werden.

107 Konurse amerikanischer Banken. Nach Erklärungen des Schatzsekretärs Mellon waren im ersten Halbjahr 1924 insgesamt 72 Konurse von Banken in den Vereinigten Staaten zu verzeichnen, im zweiten Halbjahr dagegen nur noch 35. Neben diesem rein zahlenmäßigen Sinken der Zahl der fallierten Banken trat im zweiten Halbjahr auch ein starkes Fallen der Verbindlichkeiten der Konkursbanken ein: Die Verbindlichkeiten betrugen weniger als die Hälfte der Summen von Januar-Juli. Die Zahl der reorganisierten Banken, die ihre Geschäfte wieder eröffnen, hob sich gleichfalls, woraus hervorgeht, daß die Verluste niedriger waren als im 1. Halbjahr. Im Falle völlig gescheitener Banken empfangen die Gläubiger im Durchschnitt den hohen Prozentsatz von 81. Die allgemeine Banklage wird von Mellon als sehr gesund bezeichnet, selten seien die Banken des Landes mehr in der Lage gewesen, den an sie gerichteten Ansprüchen gerecht zu werden als zur Zeit. Mellon glaubt deshalb mit einem weiteren Sinken der Bankenkonzurrenz in 1925 rechnen zu können.

Schiffahrtsabkommen in der Ostsee-Passage. Zwischen der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd und der Hugo-Stinnes-Linie ist ein Abkommen über den Ostsee-Verkehr getroffen worden, wonach die von jeder der drei Linien ausgetheilten Kajüten-Kabinierten bei Fahrunterbrechungen auch zur Weiterfahrt auf einem Dampfer der beiden anderen Linien berechnigt und für die Rückfahrt Preisermäßigungen unter den gleichen Voraussetzungen gewährt werden.

Goldverkäufe in England. Die englische Regierung hat die Goldverkäufe an folgende Firmen beauftragt: A. G. Arbor - 3000 Dehl. für 4403 150 £-Stk. Sägemühle „Doffa“ - 4064 Dehl. für 3031 500 £-Stk. A. G. „Silva“ - 753 Dehl. für 66 565 920 £-Stk. Der Gesamtwert des veräußerten Goldes beträgt 94 299 570 £-Stk. Das ist der erste größere Verkauf, der gemäß dem Beschluß der Regierung im Sommer 1924 vorgenommen wurde.

Japan stabilisiert seine Währung. Nach den in Südamerika vorliegenden Informationen sind in Japan 5 Millionen Dollars Gold nach den Vereinigten Staaten veräußert worden, die als Währungsreserve gedacht sind, um die Stabilisierung des Yenwertes auf seinem gegenwärtigen Niveau zu ermöglichen.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Schiedsgericht für die mitteldeutsche Metallindustrie. Der vom Schlichtungsamt in Halle gefällte Schlichtungsbescheid für die Metallindustrie der Eisenindustrie, Halle, Magdeburg, der ab 1. Februar für den Arbeiter über 23 Jahre einen Zuschlag von 35 Pfg., für den angelernten Arbeiter von 31 1/2 bzw. 32 Pfg. und für den unangelernten Arbeiter von 26 bzw. 27 Pfg. vorsieht, ist von beiden Parteien angenommen worden. Der Schlichtungsbescheid hatte zunächst bei den Metallarbeitern großen Unwillen hervorgerufen und zahlreiche Entschuldigungen hinsichtlich der Ablehnung des Schlichtungsbescheides. Der Bezirksratung gelang es jedoch, durch Verhandlungen mit dem Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller eine Verständigung herbeizuführen, so daß beide Teile den Spruch annahmen. Das neue Abkommen kann zum ersten Male zum 1. März genehmigt werden.

Beilegung des Konflikts im Saarbergbau. Der Konflikt im Saarbergbau ist durch die Renzierungserenzen zu einem vorläufigen Abbruch gekommen. Die Organisationen haben - wenn auch unter Protest - das französische Angebot (1,60 Franc Lohnsteigerung) angenommen und sich gegen einen Streik im gegenwärtigen Augenblick ausgesprochen. Als Voraussetzung für diesen Beschluß wurde jedoch vereinbart, daß die französische Bergbauverwaltung ihrem Versprechen, jedem weiteren Anzeichen der Eskalation Rechnung zu tragen, nachzukommen. Auf diesem Wege ist der Konflikt abgemildert. Die allseitige Verständigung wird begrüßt, daß die rein wirtschaftliche Bewegung der Bergarbeiter „von Berlin aus“ inszeniert ist.

Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. Die wenig praktische Arbeit der Kommissionen zu Leipzig gewährt sind, auch in diesen Fällen, in denen man eine Entschärfung für die Arbeitslosigkeit erzielen kann, geht aus einem Schreiben hervor, das der Reichsverein Textil auf eine Anfrage an die V. F. D., in welchem Maße sie die Reichsinteressen wahrzunehmen gedenke, erhielt. Es heißt da u. a.: „In der Kommission für die Textilindustrie ist die Arbeit sehr wenig mit der Textilindustrie verbunden, weil es unangelegentlich Fragen sind. ... Außerdem ist die Zeit zu kurz, als daß wir eine prägnante Antwort bezüglich anderer Einrichtungen geben könnten, da wir auf Grund unserer Renzierungserenzen zunächst erst in Kontakt mit den Textilindustriellen stehen müssen.“ Die Kommissionen müssen in Zukunft aufpassen, welche Maßnahmen sie zu betreiben haben.

Die Textilindustrie in Amerika. Der häufigsten Beschäftigten einer amerikanischen Textilindustrie zufolge sind im Jahre 1923 in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 21 000 Menschen arbeitslos verurteilt. Das bedeutet, daß in der Union jeden Tag durchschnittlich 20 Menschen durch Arbeitslosigkeit vertrieben und unglückliche Instände ihr Leben verlieren. Es haben im vergangenen Jahr allein 15 711 Amerikaner bei Arbeitslosengeldern ihr Leben eingelebt, 1923 bei Arbeitslosengeldern, 1924 bei der Beschäftigung von Maschinen aller Art und 1771 bei Entschädigungsgeldern. Man fragt sich, ob damit der technische Fortschritt denn doch nicht zu teuer erkauft ist. Auch die kürzlichen Anzeichen der amerikanischen Textilindustrie erweckende Zahlen sind nicht als 15 000 Menschen sind denn doch über 1000 verurteilt, 1924 mit 1000 verurteilt und 1923 erkrankt. Gegenüber dem Vorjahr hat die Beschäftigung der Textilindustrie um 2000 zugenommen, das sind 2000 Menschen, was im Vergleich mit der Zahl der Arbeitslosen nicht zu betrachten ist.

Kleine Nachrichten

Schwere Stürme im Westen. In den letzten Tagen wurde Amerika durch einen schweren Sturm heimgesucht. Im Hafen wurden mehrere Schiffe von den Wellen umgeworfen. Auf den Dächern angebrachte Metallbleche und Gerüste von Neubauten stürzten auf die Straße herab. Personen kamen dabei nicht zu Schaden. Der letzte von Rotterdam nach Amsterdam abgehende Spätzug erreichte Amsterdam erst mit vierstündiger Verspätung, da er durch umgestürzte Telegraphenmasten und über die Schienen gefallene Telegraphenleitungen aufgehalten worden war. In der Stadt Rotterdam wurden mehrere Straßen für den Verkehr von der Polizei gesperrt, da mehrere Personen durch herabfallende Dachbalken verletzt worden waren. - Auch in Essen herrschte in den letzten Tagen ein schwerer Sturm, der zeitweilig von schweren Regenschauern begleitet war.

Urteilung eines englischen Besatzungssoldaten. Nach sechsstägiger Verhandlung vor dem britischen Kriegsgericht in Köln wurde der englische Soldat Wright, der am 22. Dezember 1924 seine frühere Geliebte Maria Stastal aus Köln-Mühlheim und den schottischen Korporal Whittman, den er in ihrer Gesellschaft traf, durch Revolvergeschüsse tödete, des Mordes für schuldig befunden. Das Urteil wird verkündet werden, sobald es vom Oberkommandierenden der britischen Rheinarmee genehmigt ist.

Der Vesuv überfliegen. Wie aus Rom gemeldet wird, ist es den italienischen Militärfliegern des Fliegerregiments Catania nach verschiedenen mißglückten Versuchen gelungen, den Vesuv zu überfliegen und kinematographische Aufnahmen des kesselförmigen Kraters zu machen. In 1500 Meter Höhe gerieten die beiden Doppeldecker in dichten Dunst, den sie kaum überwinden konnten, als die Verdünnung der Luft infolge ihrer Erwärmung durch die Kraterdämpfe sie wieder niederbrückte. Der Anblick war - als sich der Dunst gelegentlich - unbeschreiblich schön. Der Krater am Nordwestabhang war in voller Tätigkeit. Die Flammen schlugen hoch aus der verschneiten Kraterkuppe hinaus. Den Fliegern gelang es sodann, einige Male in kaum 50 Meter Abstand den brodelnden Kessel zu umkreisen und in voller Ruhe das Schauspiel zu verfolgen. Der nächste Angriff mit Flugzeugen und Filmkameras soll dem Stromboli gelten.

Schweres Autounfall. Auf der Chaussee Berlin-Daruth überfiel sich beim Nehmen einer Kurve ein vom Ingenieur Probst aus Bochum gelenktes Automobil. Probst wurde sofort getötet, während ein zweiter Insasse nur geringfügige Verletzungen erlitt.

Der Fall Castiglioni. Anlässlich der Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen Castiglioni erfahren die Blätter, daß es dem Hause Castiglioni gelungen sei, seine finanzielle Lage wieder vollkommen zu konsolidieren. Allerdings habe dies unter Aufopferung einiger wertvoller Interessen, namentlich in Oesterreich, geschehen müssen. So seien besonders seine großen Anteile an den Alpinen Montanaktien in andere Hände übergegangen. Infolgedessen habe Castiglioni auch die Präsidentenstelle dieser Gesellschaft niedergelegt müssen. Dagegen habe Castiglioni den maßgebenden Teil seiner deutschen Interessen aufrechterhalten können, darunter bei den Bayerischen Motoren-Werken. Für die Wiener Finanzwelt bedeutete die Liquidierung des Falles Castiglioni eine Beruhigung.

Rekordsprünge im Skisport. Aus Ravensworth (Kanada) wird gemeldet, daß der Kanadier Nelson im Skispringen die fabelhaften Weiten von 73, 64 und 61 Meter erreichte. Der bisher längste Skisprung wurde mit 69,5 Meter registriert. - In Ripshel wurde unter Beteiligung von 21 Skifahrern aus Deutschland, Oesterreich und Deutschböhmen die Meisterschaft für diese Länder ausgetragen. Die Springer legten weniger Wert auf gute Haltung, als auf möglichst große Weiten. Kurt Eubler aus Schreiberhan, der nach dem ersten Sprung von 41 Meter die Meisterschaft sichtlich sicher hatte, versuchte im zweiten und dritten Gang noch größere Entfernungen herauszuholen, erreichte auch 45,5 und 50 Meter, fürte aber beide Male. Im dritten Gang abblirierte der Norweger Ole Reishodt mit 49 Meter den weitesten gesangenen Sprung während der Konkurrenz. Kurt Eubler errang in der Gesamtwertung die Meisterschaft für Deutschland und Oesterreich und erhielt auch den Ehrenpreis des Landes Tirol.

Ungehaltene litauische Gewehre. Im Neapeler Hafen wurden 50 Eisenbahnwaggons angehalten, die mit 50 000 Gewehren und 8 Millionen Patronenfüllen beladen waren, von deren Bestimmung den Behörden nichts bekannt war. Erst später stellte sich heraus, daß die Munition von der Regierung von Litauen in Italien für 30 Millionen Lire bestellt war. Daraufhin wurde die Verladung der Sendung auf Schiffe von den Behörden freigegeben.

Die Polonisierung der Landwirtschaft. Der frühere polnische Verwaltungsrat Grodzki ist im Zusammenhang mit der Polonisierung der Königs- und Landwirte als kaufmännischer Direktor dieser Gesellschaft bestellt worden.

Ein Palastbauvertrag für eine deutsche Firma. Die Kämpfer und Eleber Eisenwerke A.-G. Berlin haben kürzlich in Konkurrenz mit ausländischen Firmen einen Auftrag von mehreren 1000 Pfund Sterling von der Stadtverwaltung Tel Aviv für Realisation vereinbart. Weitere stehen kurz vor dem Abgange.

Ein Drahtseilbahn auf das Rebellhorn. Ein in Sonthofen im Allgäu gegründeter Verein hat beschlossen, auf den Rebellhorn, der Hauptfette der Allgäuer Hochalpen vorgelegenen, 2400 Meter hohen Ausfichtsbirg, das Rebellhorn, eine Drahtseilbahn mit Robinen zu bauen. Die Kosten der Bergbahn, welche bereits im kommenden Winter in Betrieb gesetzt werden soll, belaufen sich auf rund 800 000 Mark. Die Genehmigung der Staatsbehörde liegt bereits vor.

Briefkasten

H. M. Zeitgenossen. Als eine gute Darstellung der Zeitgeschichte nach den von Ihnen gewünschten Gesichtspunkten empfiehlt wir Ihnen Weiss' Briefgeschichte (Verlag für Sozialwissenschaft), zu beziehen durch unsere Buchhandlung „Sollmann“.

Die Zuban-Zigarette Wappenschau zu 7 Pfg. edel und rein würdlich wird heute bevorzugt

Danziger Nachrichten

Und wieder der Finanzrat!

Neuer Vorstoß gegen soziale Notmaßnahmen.

Schon mehrfach hat der Finanzrat von sich reden gemacht, indem er, auf Grund des ihm gesetzlich zustehenden Einspruchsrechts gegen Beschlüsse des Volkstages Stellung nahm. Jetzt unternimmt er einen neuen Vorstoß, und zwar gegen soziale Notmaßnahmen, die vom Volkstag und Senat gemeinsam beschlossen sind. Er hat dem Senat folgendes Schreiben zugehen lassen:

Nach dem Gesetzblatt haben Volkstag und Senat unterm 2. 12. 24 ein Gesetz über Gewährung einer einmaligen Wirtschaftshilfe an Kleinrentner, Invaliden- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger aus staatlichen Mitteln beschlossen. Im Hinblick darauf, daß dieses Gesetz staatliche Mittel in Anspruch nimmt, hat der Finanzrat es einer Prüfung unterzogen, deren Ergebnis folgendes ist:

Der Finanzrat beanstandet nicht die Motive oder den Zweck des Gesetzes. Er hält aber den von der Gesetzgebung für die Gewährung der Beihilfen beschrittenen Weg nicht für richtig gewählt und in hohem Maße für bedenklich.

Dies ist nicht die erste Linie von der staatlichen Unterstützung der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Die Versorgung der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ist nach dem Gesetz Aufgabe der Ortsarmenverbände oder der Gemeinden. Das neue Gesetz steht in Widerspruch zu § 2 des Unterstützungswohnsitzgesetzes, der ausdrücklich bestimmt, daß die öffentliche Unterstützung hilfsbedürftiger Personen Sache der Ortsarmenverbände ist.

Durch die Bereitstellung staatlicher Mittel für diesen Zweck wird aber nach Ansicht des Finanzrates auch eine unangebrachte und die Staatsfinanzen gefährdende und schädigende Vermengung kommunaler und staatlicher Aufgaben herbeigeführt.

Durch § 2 des Gesetzes vom 2. 12. 1924 wird ferner nicht dem Artikel 53 der Verfassung Genüge geleistet, wonach Beschlüsse des Volkstages, welche Mehrausgaben außerhalb des Haushaltsplanes zur Folge haben, über die Deckung dieser Mehrausgaben Bestimmung treffen müssen. Der § 2 dieses Gesetzes befragt nur, ob die Deckung durch die laufenden Staatseinnahmen erfolgen soll. Der Finanzrat kann in dieser Bestimmung nur eine formale Klausel, nicht aber eine sachlich zureichende, budgetmäßige Deckung der beschlossenen Mehrausgaben erblicken. Die Deckung von Mehrausgaben setzt Mehreinnahmen voraus, es liegt jedoch kein Nachweis vor, daß die „laufenden“ Staatseinnahmen solche tatsächlich aufweisen. Auf Grund des § 9 des Gesetzes betreffend den Finanzrat vom 9. Februar 1923 hat der Finanzrat beschlossen, dem Senat seine Rechtsauffassung über das aufzustandgekommene Gesetz zur Kenntnis zu bringen und gleichzeitig seine warnende Stimme für die Zukunft eindringlich dagegen zu erheben, daß Gesetze erlassen werden, welche nicht nur einen Zwiespalt im bestehenden Recht herbeiführen, sondern auch dazu geeignet sind, das Gleichgewicht des Staatshaushaltes zu stören und eine ordnungsmäßige staatliche Finanzverwaltung zu gefährden.

Man wird über diese Stellungnahme des Finanzrates nur seiner Verwunderung Ausdruck geben können. Wir haben bereits früher betont, daß der Finanzrat sein Einspruchsrecht besser in wirklich angebrachten Fällen in Anwendung bringen sollte. So hätte er bei den starken Gehaltssteigerungen für die hohen Beamten, bei den großen Ausgabens für die Schulpf und in vielen ähnlichen Fällen auf Sparflamme drängen sollen. Nicht aber, wie letzteres, sich gegen den Abbau der Umfahrenten, die alle Kreise schwer belastet, zu stellen, oder, wie jetzt, gegen die dringend notwendigen Beihilfen für die Notleidenden aufzutreten. Dieser Finanzrat ist in seiner Mehrheit sicherlich sehr schlecht beraten. Sozialer Verständnis scheint von ihm nicht erwartet werden zu können.

Aus der Entscheidung des Oberkommissars.

Für einen Teil der Anträge wiederholen wir heute die wichtigsten Schlussfolgerungen aus der Entscheidung des Oberkommissars, und zwar geht er darin auf die Frage der Begrenzung des Hafens und der Wiederherstellung des früheren Zustandes ein. Er sagt darüber im Wesentlichen:

Die Abgrenzung des Hafengebietes.

Ich bin nicht der Meinung, daß eine Definition des Hafens vom Eisenbahnanbindungspunkt aus unbedingt auf Vorangelegenheiten anzuwenden ist, ebensowenig wie ich unbedingt eine Definition vom Postanbindungspunkt aus für die Regelung einer Eisenbahn- oder anderen Frage anerkennen würde. — Diese meine ablehnende Ansicht wird noch dadurch bekräftigt, daß die Entscheidung des hohen Kommissars vom 15. 8. 21, die von der polnischen Regierung als den Hafen von Danzig abgrenzend angeführt wird, tatsächlich überhaupt nicht den Hafen abgrenzt. Sie legt dar, welche Eisenbahnen in erster Linie oder vorwiegend dem Hafen dienen, im Gegensatz zu jenen, die es nicht tun, und umschreibt sie mit einer Linie.

Wenn man behauptet, daß die einzige Definition des Hafens, die Rechtskraft hat, in der Entscheidung des hohen Kommissars vom 15. 8. 21 enthalten ist, so heißt das meiner Ansicht nach, eine irrtümliche Schlussfolgerung sowohl aus dem Wortlaut wie dem Zusammenhang dieser Entscheidung zu ziehen, und es ist des weitern eine Schlussfolgerung, die vorher von der polnischen Regierung nicht gezogen wurde, denn in der Begründung der Berufung gegen die Entscheidung des hohen Kommissars vom 23. 12. 22 behauptet die polnische Regierung, daß bisher eine Festlegung der Bedeutung des Ausdrucks Hafen von Danzig nirgends zu finden sei.

Diese Meinung wurde ungefähr 18 Monate nach der Abgrenzung der Eisenbahnen, die hauptsächlich dem Hafen dienen, auf die sich die polnische Regierung jetzt als Definition des Hafens im vorkalifornischen Sinne bezieht, zum Ausdruck gebracht.

Die Schaffung vorkalifornischer Hafens.

Zum Schluß erörtert der Oberkommissar die Frage bezüglich des direkten Schrittes. Die polnische Regierung behauptet:

1. daß ein direkter Schritt in dem vom Rat des Völkerbundes gemeinten Sinne nur vorliegen kann, wenn eine der Parteien durch die Schaffung einer „vorkalifornischen Hafens“ die Schaffung einer „vorkalifornischen Hafens“ die durch Abkommen oder Rechtsverfahren, d. h. durch die Entscheidung des Völkerbundes, gelöst werden kann. Hinsichtlich des „direkten Schrittes“ bedeutet also eine Handlung, die zu dem Zweck vorgenommen wird, die andere Partei durch Anwendung von Druckmitteln zu zwingen, Angelegenheiten außer den vorgeschriebenen zu gewähren;
2. daß Polen einen Anspruch auf die Rechte hatte, zu deren Ausübung es schritt, eine Anbahnung, die ihm durch die Weigerung der Freien Stadt, das für den Vorkalifornischen Hafens notwendige Gelände anzuschließen, unmöglich gemacht wurde.

Im allgemeinen bin ich der Ansicht, daß ein direkter Schritt sowohl passiver wie aktiver Art sein kann, passiver Art, wenn er die Einräumung eines unbefristeten Rechtes verweigert, aktiver Art, wenn er zur Durchführung eines befristeten Rechtes strebt. Bei den besonderen Beziehungen, in denen Polen und Danzig zu einander stehen, scheint mir ebenfalls ein direkter Schritt zu sein die Anwendung anderer als der in den Verträgen vorgesehenen Maßnahmen, um den Genus eines vermeintlichen Rechtes zu erreichen oder vorzuenthalten, wobei das Ausschlaggebende in jedem Falle ist, ob das Recht befristet wird oder nicht. Bei der engen Verbindung zwischen diesen beiden Regierungen scheint es mir unmöglich, einen Fall voranzuführen, bei dem die eine Partei nicht wüßte, ob ihr Anspruch befristet wird oder nicht.

In dem vorliegenden Fall handelt es sich um einen Streit, von dem die polnische Regierung wußte, daß ein von Polen beanspruchtes Recht in Frage kam, und zwar handelte es sich nicht nur um einen Streitfall, sondern um einen, der bereits der ersten Instanz für das Verfahren unterbreitet worden war, das in den Verträgen vorgesehen ist. Das macht meiner Ansicht nach jeden vorkalifornischen Schritt irgendwelcher Art, bevor das Rechtsverfahren zu Ende geführt ist und der Streitfall seine endgültige Lösung gefunden hat, unmöglich.

Die Einbehaltung des Gebäudes auf dem Hevelplatz seitens der Freien Stadt, nachdem das Gebäude der polnischen Regierung angekauft und diese Zuteilung nicht bestritten worden war, war auch ein direkter Schritt und trug offensichtlich zu den Gründen bei, die die polnische Regierung dazu bestimmten, in dieser Angelegenheit Schritte zu tun. Dies allein schon zeigt die Gefahr, die darin liegt, direkte Schritte an die Stelle des Verfahrens zu setzen, das in den Verträgen für die Regelung polnisch-danziger Streitfragen vorgesehen ist.

Zum Schluß folgt dann der bereits mitgeteilte Tenor der Entscheidung, in dem in Zusammenfassung die Unzulässigkeit eines allgemeinen polnischen Postdienstes in Danzig festgestellt wird.

Neuordnung der Staatsanwaltschaft.

Dem Volkstag ist ein Gesetzentwurf des Senats zugegangen, der eine Neuordnung der Staatsanwaltschaft bezweckt. Die in Gesetzen und Verordnungen dem Generalstaatsanwalt und dem Oberstaatsanwalt zugewiesenen Dienstverrichtungen sollen fortan durch den Obersten Staatsanwalt ausgeübt werden. Bisher waren beim Obergericht ein Generalstaatsanwalt und beim Landgericht und Schwurgericht ein Oberstaatsanwalt und eine Anzahl von Staatsanwälten. Fortan sollen die bei den Gerichten vorhandenen Staatsanwaltschaften eine gemeinsame Spitze in einem Obersten Staatsanwalt haben. Dadurch soll eine Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens erzielt werden.

Eine besondere Schwierigkeit bereitet die Beseitigung der bisherigen Zweiteilung bei der Bekämpfung des durch die Straftat Verletzte gegen den Einkellner des Bereichs des Oberstaatsanwalts. Bisher konnte der Verletzte gegen diesen Beschuldigung bei dem Generalstaatsanwalt erheben und gegen dessen ablehnenden Bescheid den Antrag auf gerichtliche Entscheidung beim Obergericht stellen. Für diesen Antrag wurden Gerichtskosten erhoben, auch mußte er von einem Rechtsanwalt gestellt sein. In Zukunft soll gegen den ablehnenden Bescheid des Staatsanwalts innerhalb 14 Tagen Berufung möglich sein. Ein anderer Staatsanwalt soll alsdann die Beschwerde prüfen. Gegen den abermaligen ablehnenden Bescheid kann binnen einem Monat der Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt werden.

Diese Neuordnung soll dem Obersten Staatsanwalt auch eine Gehaltssteigerung bringen. Er soll aus Gruppe 13 in die Gruppe 2 der Einkellner überführt werden. Bezüglich der die Staatsanwaltschaft mit dem Hinweis darauf, daß die Staatsanwaltschaft keine kleine Behörde sei. Dem Obersten Staatsanwalt unterstehen 115 Beamte und Anwälte, ferner die Strafanstalt Danzig mit fortan 800 Insassen, das Jugendgefängnis Silberhammer und die Gefängnisse Popow und Liegenhof. Ferner sei das Amt des Obersten Staatsanwalts besonders schwierig. Wie stark das Ausländerum an unserer Strafjustiz beteiligt sei, ergebe sich am besten daraus, daß fast ein Viertel der Insassen der hiesigen Strafanstalt Ausländer sind, und ferner daraus, daß seit 1913 die Straftaten — trotz Abnahme der Einwohnerzahl des Gerichtsbezirks — von 1400 auf 2100 gestiegen sind.

Verhaftete Ladendiebinen.

Am Sonnabend ist es der Kriminalpolizei im Verein mit zwei Privatdetektiven von Gebr. Fremmann gelungen, die seit langer Zeit als Ladendiebin verdächtige Arbeiterin Viktoria Strozynska und die Ingenieurfrau Elsa Kozłowska geb. Strozynska aus Polen nach erneut aufgefälligen Ladendiebstählen festzunehmen und der ihnen zur Last gelegten Straftaten zu überführen. Das von ihnen benutzte Absteigequartier, Johannstraße 41, bot bei der Durchsuchung einen überraschenden Anblick. Die vor oft länger als einem Jahre aus den hiesigen Warenhäusern gestohlenen Waren wurden daselbst vorgefunden, sodas nunmehr bereits lange Zeit zurückliegende Diebstähle ihre Aufklärung fanden. Das Hehlereit förderte u. a. mehrere Rollen Leinwand, Kleiderstoffe, Gardinen, Handtücher, Spitzen, Strickkleidung, Saiten, Kelle, Pelzfragen, mehrere Seidenreste und vieles andere mehr zu Tage. Die Täter sind gefänglich und werden dem Amtsgericht zugeführt. Gegen das Hehlereitpaar wird das Strafverfahren eingeleitet werden.

Die nur zum Teil oben angeführten Waren entstammen in der Hauptache größeren Kaufhäusern und Geschäften. Interessenten werden daher zwecks Wiedererkennung und Inanspruchnahme des ihnen gekohlenen Gutes gebeten, die auf Nummer 31 des Postgepräbühns angelegten Waren während der Dienststunden zu besichtigen.

Frauenversammlung in Odra.

Mittwoch, den 11. Februar, abends 7 Uhr, findet in der Sporthalle in Odra eine Frauenversammlung statt, in der Gemäßig Fall über das Thema „Die Frau in der modernen Arbeiterbewegung“ sprechen wird. Genossinnen und Genossen, lasst für einen guten Besuch.

Nach der Versammlung zwangloses Beisammensein.

Der Mädchenchor im Werber kommt bereits in der nächsten Schwangerschaftsperiode in Elbing, die am 23. d. Mts. ihren Anfang nimmt, zur Verhandlung. Der Arbeiter Rudolf Riska aus Königsberg bei Altfelde wird sod neben dem Vorstandsamt an der 23 Jahre alten Porzellanerin Emma Weisheit aus Mielenz zu verantworten haben. Die Tat geschah am 5. Januar.

Arbeiterbildungsausschuss. Heute, 7 Uhr, findet der 2. Vortrag über Wirtschaftsgeschichte in der Aula des hiesigen Gymnasiums am Winterplatz statt. Karten zu 30 Pfennig für den Einzelvortrag an der Kasse. Arbeitslose Parteimitglieder Eintritt frei.

Schwierigkeiten eines Schiedspruches.

Was lange währt und doch nicht gut wurde.

Wir berichteten vor einiger Zeit über einen funderbaren Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, in dem die Arbeiterchaft der hiesigen Werkstätte von Drenstein u. Koppel trotz vertraglicher Abmachung, daß eine Lohnaufbesserung kommen soll, sobald die Leistungszahl ab August 24 sieben Prozent erreicht, keine Zulage bewilligt wurde. Wir kritisierten diesen Schiedspruch, einmal, weil er den Arbeitern zumutet, getroffene Abmachungen zu widerrufen, und ferner von ihnen verlangt, daß sie etwas annehmen sollen, was ihnen durchaus nichts bringt.

Wie richtig unser Urteil war, geht nachträglich u. a. daraus hervor, daß Direktor Sachs trotz seiner Erklärung vor dem Schlichtungsausschuss, er werde im Januar in Lohnverhandlungen eintreten, keine Lohnzulage gab, so daß die Gewerkschaften erneut den Schlichtungsausschuss angerufen haben. Im Schiedspruch (erster Teil) gibt der Schlichtungsausschuss eine Art Erklärung für seinen ersten Spruch, in dem bedauernd gesagt wird, „die Belegschaft hätte die Vorteile des ersten Schiedspruches nicht erkennen“! Welche? Ist es ein Vorteil, wenn die Arbeiterchaft um die Lohnaufbesserung, die vertraglich vorgesehen war, durch einen Schiedspruch gebracht wird? Kann man der Arbeiterchaft zumuten, die Abmachungen, die ihre Vertreter in ihrem Namen geschlossen und denen sie zugestimmt haben, auf Befehl des Schlichtungsausschusses aufzuheben?

Der neue Spruch billigt den Arbeitern folgende Grundlöhne zu: gelernte Arbeiter über 24 Jahre 67—70, von 20 bis 24 Jahren 61—63, unter 20 Jahren 55—56 Pfg.; angelernte Arbeiter über 24 Jahre 61—63, von 20—24 Jahre 58—58, unter 20 Jahren 49—50 Pfg.; ungelernete Arbeiter über 24 Jahre 50—53, 20—24 Jahre 54—57, 18—20 Jahre 46 bis 47, 16—18 Jahre 32—33 und unter 16 Jahren 17—18 Pfg. Zu diesen Grundlöhnen kommen die Akfordüberverdienste, die je nach der Geschäftslage bei den gelernten Arbeitern zwischen 25—35 Prozent liegen.

Diese Löhne sollen für die ungewöhnliche Dauer von fünf Monaten gelten, also bis 30. Juni 1925. Begründend sagt der Schiedspruch hierzu, daß dem Unternehmer dadurch die Möglichkeit zur Einbringung von Aufträgen und sicheren Kalkulationsgrundlagen gegeben werden soll. Dem Schlichtungsausschuss ist offenbar nicht bekannt, daß die „Einbringung von Aufträgen“ und das „Kalkulieren“ bei so großen Konzernunternehmungen nicht Sache einer Zweigstelle, sondern der Zentrale dieser Konzerne ist. Der Danziger Betrieb von Drenstein u. Koppel, also „höherer Orts“ geleitet wird, und die Danziger Löhne für etwa 50 Personen wirklich in einem Unternehmen, das normalerweise 15000 Kopf- und Handarbeiter beschäftigt, keine Rolle spielen. Die Arbeiterchaft nahm diesen mageren Schiedspruch mit schwacher Mehrheit an.

Die Preise für Schlachtvieh wurden auf dem gestrigen Viehmarkt wie folgt notiert: Rinder: Ochsen: Ausgewählte höchsten Schlachtwerts 46—48, fleischige jüngere und ältere 36—40, mäßig genährte 35—38, — Bullen: Ausgewählte höchsten Schlachtwerts 43—45, fleischige jüngere und ältere 34—37, mäßig genährte 25—28, — Färren und Kühe: Ausgewählte Färren und Kühe höchsten Schlachtwerts 47—50, fleischige Färren und Kühe 36—40, mäßig genährte Kühe 19 bis 22, gering genährte Kühe 10—14, Jungvieh einschließlich Ferkel 25—35, — Kälber: Feinste Schlachtvieh 75—80, gute Mastkälber 30—60, gute Saugkälber 30—35, geringe Saugkälber 22—25, — Schafe: Mastlamm und jüngere Mastlammel 30—33, fleischige Schafe und Hammel 18—24, mäßig genährte Schafe und Hammel 12—15, — Schweine: Fett-schweine über 150 Kilogramm Lebendgewicht 62—63, voll-fleischige über 100 Kilogramm Lebendgewicht 58—61, fleischige von 75 bis 100 Kilogramm Lebendgewicht 53—56. Die Preise verstehen sich in Danziger Gulden für 50 Kilogramm Lebendgewicht ab Schlachthof. Sie enthalten sämtliche Unkosten des Handels einschließlich Gewichtsverlust. Die Stallpreise verringern sich entsprechend. Der Auftrieb vom 3. bis 9. Februar betrug: 46 Ochsen, 138 Bullen, 136 Kühe, zusammen 320 Rinder, 121 Kälber, 217 Schafe, 1340 Schweine. Marktverlauf: Rinder ruhig, Kälber geräumt, Schafe und Schweine ruhig.

Der Verkehr im Hafen.

Eingang: Am 9. Februar: Schwedischer Dampfer „Gimbrin“ von Malak mit Gütern für Reinhold, Freiberg; französischer D. „Painville“ von Antwerpen via Hamburg mit Gütern für Worms & Cie., Reichelbahnhof; deutscher D. „Acolus“ von Hamburg mit Gütern für Behne & Sieg, Freiberg; englischer D. „Baltanic“ von London mit Gütern und Passagieren für W.C. Schellmühl; deutscher D. „Moskau“, leer für Actus-G., Hafenkanal; deutscher D. „Energie“ von Rotterdam mit Eisen für Behne & Sieg, Freiberg; am 10. Februar: schwedischer D. „Scandinavia“ mit Früchten für Behne & Sieg, Kaiserkanal; holländischer D. „Grato“ von Amsterdam mit Gütern für Prom, Hafenkanal.

Ausgang: Am 8. Februar: Schwedischer D. „Mollefrind“ nach Stockholm mit Holz für Hartwig; schwedischer D. „Manfred“ nach Gloucester mit Zucker für Reinhold; Danziger D. „Siedler“ nach Dänkirchen mit Holz für Reinhold; am 9. Februar: englischer D. „Estone“ nach Lüneburg mit Holz für Bergste; deutscher D. „Arva“ nach Vrimsbn mit Schweinen für Behne & Sieg.

Wasserstandsnotizen am 11. Februar 1924.

	9. 2. 10. 2			
Pewichort	+1,00 + 0,96	Survedra	+ 1,73 + 1,73	
	9. 1. 10. 1	Montanerspitze	+ 1,12 + 1,20	
Watzhan	+1,31 + 1,30	Dieckel	+ 1,14 + 1,24	
	9. 1. 10. 1	Dirkhan	+ 0,94 + 1,03	
Dloch	+1,01 + 1,01	Einlage	+ 2,38 + 2,24	
	10. 1. 11. 1	Schwemhorst	+ 2,60 + 2,43	
Thorn	+1,09 + 1,10	Rogat:		
Fachon	+1,19 + 1,20	Schnan D. P.	+ 6,63 + 6,72	
Gulan	+1,23 + 1,24	Galenberg D. P.	+ 4,62 + 4,62	
Grubenz	+1,26 + 1,28	Reinholdsdorf	+ 2,00 + 2,00	
		Arwach	+ +	

Wichtige Börsen-Notierungen.

Danzig, 10. 2. 25

- 1 Reichsmark 1,25 Danziger Gulden
 - 1 Loty 1,01 Danziger Gulden
 - 1 Dollar 5,25 Danziger Gulden
 - Scheck London 25,21 Danziger Gulden
- Berlin, 10. 2. 25

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,0 Billionen Mk.

Danziger Produktenbörse vom 10. Februar. (Nichtamtlich.) Weizen 135—139 Pfd. 18,50—18,50, 118—123 Pfd. 15,50—17,50 G., Roggen 116—118 Pfd. 17,50—18,20 G., Gerste, feine 14,50—15,25 G., geringe 13,50—14,40 G., Hafer 14,00—14,20 G., H. Erbsen 10,50—12,50 G., Viktoriaerbsen 14,00—16,00 G., (Großhandelspreise per 50 Kilogramm wasseraufreife Danzig.)